

Der Steinarbeiter

ORGAN

des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands.



„Der Steinarbeiter“ erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend. Abonnementspreis durch die Post inkl. 15 Pfg. Bestellgeld vierteljährlich 80 Pfg., durch die Expedition unter Kreuzband einzeln 90 Pfg., von zwei Nummern ab 60 Pfg. „Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Geschäftsstelle und Expedition:
Leipzig
Große Fleischergasse 14, I.

Anzeigen: An Gebühren werden von Vereinen und Krankenkassen 10 Pfg., von Privaten 20 Pfg. für die gepaltene Zeile oder deren Raum berechnet. Dieselben werden, ausschließlich der Anzeigen, die auf Kosten der betreffenden Zahlstellen Aufnahme finden, nur gegen vorher geleistete Bezahlung angenommen.

Nr. 21.

Sonnabend, den 27. Mai 1905.

9. Jahrgang

Streiks, Sperren und Lohnbewegungen.

(Ueber alle unter dieser Rubrik veröffentlichten Bewegungen ist wöchentlich zu berichten; wo das unterbleibt, fällt für die folgende Nummer die Bekanntmachung weg.)

In folgenden Filialen stehen die Kollegen in Lohnbewegungen: Annaberg, Marburg, Potsdam, Offenbach, Konstanz, und Fachsenbach a. Main.

Im Streit befinden sich die Marmorarbeiter in Hamburg II sowie die Sandsteinmehrer in Gotha, Erfurt und Seeburgen bei Erfurt.

Dresden. 350 Kollegen stehen im Streik. Auf einigen Bauten wird weitergearbeitet; diese Unternehmer haben bewilligt.

München. Die Aussperrung der Steinarbeiter dauert unverändert fort. Streikbrecher sind nicht zu verzeichnen.

Sahbawalden (Zahlstelle Kappelrodeck). Platz Kromer, Hauptgeschäft Karlsruhe, ist gesperrt. Zureisende wollen sich beim Vertrauensmann, Kollegen Johann Weindl, Kappelrodeck, im Gasthaus zum Köhl, von abends 7 Uhr ab über das Nähere erkundigen.

Bauhen. Zugang nach Stiebitz bei Bauhen, Bruch Zachmann, ist fernzubalten.

Trenen i. Vogtland. Für die Granitarbeiter ist Zugang fernzubalten.

Zansbrud (Tirol). 104 Steinmehrer stehen im Streik.

Schweiz. In Basel wurden sämtliche Steinhauer ausgesperrt. In Rorschach befinden sich die Kollegen auch im Streik.

Nach den Streikorten ist Zugang strengstens fernzubalten.

Wegen versuchter Erpressung verurteilt.

Die gegen die Redaktion des Steinarbeiters eingeleitete Justifikation wegen versuchter Erpressung hatte Erfolg. Kollege Staudinger wurde wegen diesem Delikte am Donnerstag, den 18. Mai, vor der 4. Leipziger Strafkammer zu drei Wochen Gefängnis verurteilt. Wir wollen den Sachverhalt, wie diese angeblich versuchte Erpressung entstand, sofort schildern. Am 25. März wurde in Weucha bei Leipzig im Kirchbruche, dem Pflasterer Klostermann gekündigt und als Motiv Arbeitsmangel vorgeschützt. Da Klostermann etliche Differenzen dem Verbandsvorstande zuführte, so nahmen seine Mitarbeiter an, die Verbandszugehörigkeit bezw. Verbandsfähigkeit sei der Grund, daß Klostermann seine Kündigung erhielt. Die Weuchaer Kollegen betrachteten die Kündigung als Maßregelung und berichteten dementsprechend an den Verbandsvorstand nach Leipzig, der sich auch der Sache annahm. Kollege Staudinger richtete in dieser Angelegenheit an den Bruchbesitzer Herrn Günther folgendes Schreiben:

Leipzig, den 28. März 1905.

Herrn Steinbruchbesitzer Günther, Leipzig.

Als ich heute mit Ihrem Sozialis Herrn Fiedler telephonisch über die Entlassung des Steinmehrs Steininger in Weucha sprach, vergaß ich hinzuzufügen, daß am Sonnabend, den 25. d. M., dem Pflasterer Klostermann im Kirchbruche gekündigt wurde, angeblich wegen Arbeitsmangels. Wir vermuten, daß lediglich seine Verbandszugehörigkeit schuld an dieser Entlassung resp. Kündigung war. Es berührt doch eigenartig, nur einen Mann wegen Arbeitsmangels in einem Betriebe zu entlassen, wo vielleicht ca. 200 Mann in Frage kommen. Wir würden Ihnen deshalb empfehlen, die Kündigung bei Klostermann als nicht gegeben zu betrachten und selbigen davon in Kenntnis zu setzen. Gleichzeitig erbitte ich mir von Ihnen Bescheid über diese Angelegenheit, und im Falle Kl. weiter beschäftigt werden sollte, würde ich selbstredend Abstand nehmen, den mir vorliegenden Artikel über diese Sache zu veröffentlichen. Auch würden dann die Steinmehrer, Pflasterer und Woffierer in Ihrem Betriebe sich mit dieser Kündigung nicht mehr weiter zu beschäftigen haben, und ich glaube, es wird Ihnen nicht schwer sein, dem von mir geäußerten Wunsche nachzukommen. Bemerken will ich nur, daß wir selbstverständlich in Ihre geschäftlichen Dispositionen mit diesem Schreiben nicht eingreifen wollen. Weil aber diese Kündigung von unserer Seite als Maßregelung aufgefaßt wird, sind wir veranlaßt, dazu Stellung zu nehmen. Ich erbitte ich bis Mitte

woch früh 8 Uhr mittels Briefes oder mittels Telephons bis 9 Uhr, weil sonst mit dem Druck unserer Zeitung begonnen wird.

Hochachtungsvoll

Im Auftrage des Deutschen Steinarbeitervorbandes
L. Staudinger.

Dieses Schreiben soll eine versuchte Erpressung darstellen und wurde auch dementsprechend geahndet. Staudinger führte an Gerichtsstelle etwa folgendes aus: Vom 23. März bis 3. April hatte ich den vereisten Verbandsvorstand zu vertreten. Die demselben obliegenden Verbandsarbeiten mußte ich erledigen. Zu dieser Tätigkeit gehörte auch das Eingreifen bei Lohnbewegungen, Streiks usw. Nun wurde von Weucha diese Entlassung gemeldet. Für uns lag es ebenfalls nahe, annehmen zu müssen, hier handle es sich um eine Maßregelung. Nun kam hinzu, daß ebenfalls bei der Firma Günther in Weucha am Montag, den 27. März, der Steinmehrer Georg Steininger vom Firmeninhaber ohne Kündigung entlassen wurde. Selbiger soll ein Werkstück böswillig verspalten haben und dieses wurde mit sofortiger Entlassung geführt. Steininger wollte den Vorfall richtig darstellen, der lokale Herr Günther aber sagte:

„Halten Sie das Maul, Sie sind entlassen!“

Steininger ging am 28. März ins Verbandsbureau und erläuterte diesen Sachverhalt. Staudinger telephonierte nun an Günther, der abwesend war, aber der Sozialis, Herr Fiedler, stellte Steininger wieder ein, nachdem ihm Staudinger auseinandergesetzt hatte, unsere Mitglieder können sich eine solche Behandlungsweise nicht bieten lassen. Staudinger vergaß aber bei diesem telephonischen Gespräch, die Angelegenheit mit Klostermann zu erwähnen und so schrieb er den oben wiedergegebenen Brief an Herrn Günther. Der Angeklagte versicherte, es sei ihm nicht eingefallen, irgendwie eine PreSSION auf Günther auszuüben. Würde die Entlassung Kl. nicht als Maßregelung angesehen worden sein, hätte der Verband gar keine Veranlassung gehabt, die Wiedereinstellung des Entlassenen zu verlangen. Aus dem Schreiben gehe doch deutlich hervor, daß ihn nur das Streben der gütlichen Beilegung der Differenz geleitet habe. In den Worten: Wenn Kl. weiter beschäftigt werden sollte, würde von der Veröffentlichung des Artikels Abstand genommen, könne unmöglich eine Drohung und Erpressung gefunden werden. Er habe damit lediglich andeuten wollen, daß im Falle der Wiedereinstellung eben die Differenz beigelegt sei. Es vergehe ja keine Woche, wo nicht ein Mitglied des Vorstandes zur Schlichtung solcher Differenzen eingreifen müsse, ja es gäbe Unternehmer, die wünschen, daß der Vorstand bei derartigen Unterhandlungen teilnehmen solle. Herr Günther übe mit Vorliebe auf die Organisation einen Druck aus, trotzdem er selbst Mitglied des Steinmehrer-Verbandes, dann führendes Mitglied der Leipziger Innung sei, schließlich bei der Verkaufszentrale der Hartsteinindustriellen im Weuchaer Gebiet eine hervorragende Rolle spiele. Der angezogene Artikel behandelte mit kurzen Worten die gegebene Kündigung, wenn von einer Veröffentlichung Abstand genommen wurde, so deshalb, weil Klostermann anderweitig Arbeit fand.

Nun kam Herr Günther, der einzige Zeuge, an die Reihe. Balle drei Stunden mußte er warten, um seiner Zeugenpflicht genügen zu können, denn die auf 9½ Uhr angelegte Verhandlung begann erst nach 12 Uhr. Herr Günther erweckte mit seinen Ausführungen sehr ungewollte Heiterkeitserfolge. Als ihn der Vorsitzende fragte, was er wohl unter der Andeutung verstanden habe, der Artikel würde veröffentlicht werden und die Arbeiter würden sich mit der Sache befassen, antwortete er: Jedenfalls hätten die Leute die Arbeit alle niedergelegt. Da braucht man nicht viel Grütze im Kopfe zu haben. Das sei doch gewöhnlich der Fall. (Große Heiterkeit.) Staudinger: Ist bei Ihnen wegen der Entlassung eines Arbeiters schon einmal die Arbeit niedergelegt worden? Zeuge Günther jagt nein. — Staudinger: Wie kommen Sie nun zu einer solch unzutreffenden Behauptung? Günther: Die vorstellig gewesene Kommission sprach vom Streik. Staudinger erwidert, als er mit den Weuchaer Kollegen konferierte, sei vom Streik kein Wort gefallen. Vors.: Weshalb entließen Sie den Arbeiter? Zeuge: Weil er unregelmäßig arbeitete. Vors.: Würden Sie durch den Artikel eventuell alteriert worden sein? Zeuge: Nein, in den Zeitungen steht überhaupt nichts Gutes. Verteidiger: Sie haben aber, da Sie selbst wirtschaftlich arrangiert

sind, auch ein Verbandsorgan, das doch sicherlich nicht lauter Liebenswürdigkeiten gegen die Arbeiter enthält? Zeuge: In unserer Zeitung steht nichts Schlechtes (Heiterkeit im Zuhörerraum und bei Staatsanwalt und Richtern.) Darauf protestierte der Angeklagte energisch gegen das vom Zeugen gegen das Fachorgan der Steinarbeiter Gesagte und betonte, daß das Blatt die Hebung der geistigen und materiellen Interessen seiner Leser zum Ziele habe. Im Steinarbeiter werden nicht nur Verbandsangelegenheiten erörtert, sondern es wird das ganze Gebiet der Sozialpolitik, der Volkswirtschaft, der gewerblichen Rechtspflege ebenfalls in der weitgehendsten Weise behandelt. Günther: Hier, Herr Vorsitzender, besitze ich ebenfalls eine Nummer des Steinarbeiter, die über mich nicht gerade das Schönste enthält. Vorsitzender: Das gehört nicht zur Sache.

Der Staatsanwalt sah den Tatbestand als eine versuchte Erpressung an; er beantragte Verurteilung. Die Höhe des Strafmaßes überlasse er dem Richterkollegium. Der Verteidiger des Angeklagten hielt eine glänzende, pointenreiche Verteidigungsrede. Er führte etwa aus: „Besonders in subjektiver Beziehung fehlen alle Voraussetzungen zu einer Verurteilung wegen versuchter Erpressung. Der Angeklagte habe keineswegs das Bewußtsein der rechtswidrigen Drohung gehabt. Ein derartiger Verkehr zwischen den Organisationen und den einzelnen Arbeitgebern sei nicht ungewöhnlich. Eine Organisation kann nicht ruhig zusehen, wenn eins ihrer Mitglieder wegen seiner Zugehörigkeit zu ihr entlassen wird. Der Brief enthalte nichts weiter als den Anstoß zu einer gütlichen Regelung der Differenzen. Der wirtschaftliche Kampf würde, wenn in solchem Vorgehen der Arbeiterorganisationen Erpressung gefunden werde, nur erheblich verschärft werden. Zwar finde sich im 21. Bande der Entscheidungen des Reichsgerichts der Dolus der Erpressung näher ausgeführt, diese Entscheidung, die übrigens vom Oberlandesgerichtspräsidenten Hamn lebhaft kritisiert werde, sei aber prinzipieller Natur und beziehe sich nicht auf den Lohnkampf. Zur Erpressung gehöre die Vermögensbereicherung und sie werde nur genannt in Verbindung mit Betrug. Der Angeklagte habe aber nicht im entferntesten daran gedacht, sich oder dem Entlassenen einen Vermögensvorteil zu beschaffen. Die Form des Briefes sei eine sehr höfliche zu nennen. Wenn auf diesen Brief hin Bestrafung erfolge, so sei in Zukunft jeder schriftliche Verkehr seitens der Vertreter der Arbeiterorganisationen mit den Unternehmern unmöglich. Oder aber es gibt kein Unterhandeln mehr, sondern, um den juristischen Eventualitäten aus dem Wege zu gehen, müsse einfach gestreift werden. Dieses liege aber unmöglich im gegenseitigen Interesse. Nach seiner Meinung sei es unmöglich, hier eine Bestrafung eintreten zu lassen.“

Das Gericht verurteilte den Angeklagten trotzdem, und zwar zu drei Wochen Gefängnis. In seiner kurzen Begründung des Urteils führte der Vorsitzende, Landgerichtsrat Adam, aus, der Zweck des Briefes stelle eine rechtswidrige Handlung dar. Der Angeklagte habe dem von Günther Entlassenen einen Vorteil zusichern wollen, auf den er kein Recht gehabt, und dessen sei sich der Angeklagte bewußt gewesen. Mit Rücksicht auf die Vorstrafen des Angeklagten (derselbe ist schon viermal mit Geldbußen bestraft) sei über das Minimum hinaus zu erkennen gewesen.

Das letzte Wort aber spricht das Reichsgericht.

Inserte mit Arbeitsangeboten.

Raum haben wir ein Inserat mit Arbeitsangebot veröffentlicht, so gingen uns Schreiben zu mit der Anfrage, gelten denn für die Redaktion Kongressbeschlüsse nicht. Folgendes sei hierzu bemerkt. Beinahe täglich gehen der Redaktion sowie dem Vorstande Briefe zu, mit der Anfrage, wo ist momentan für Steinmehrer usw. Arbeit. Diese Anfragen häufen sich besonders jetzt, wo Hunderte von Verbandsmitgliedern im Streik stehen. Wenn unsere Berufskollegen solche Anfrager stellen, so ist dieses auch leicht begreiflich, denn wer will den monatelang als Arbeitsloser auf der Landstraße herumirren? Da wenden sich viele an die Verbandsleitung, ob diese nicht in der Lage sei, Auskunft zu geben, wo es eventuell Arbeitsgelegenheit gibt. Nun sei allerdings von vornherein bemerkt, daß der Prozentfuß, der schließlich durch solche Inserate Arbeit erhält, ein sehr minimaler ist, aber einem

Teil der arbeitslosen Berufskollegen ist zum mindesten ein Wink gegeben, wo Arbeitskräfte gebraucht werden. Wir fragen an, was für ein Interesse haben wir denn, wenn solche Inserate mit Arbeitsangeboten aus dem Steinarbeiter ferngehalten werden? Diese Annoncen werden im Deutschen Steinbildhauer oder in bürgerlichen Blättern veröffentlicht, die unseren Mitgliedern seltener zugänglich sind. Nun wird eingeworfen werden, wenn im Steinarbeiter solche Inserate stehen, dann müssen auch die Arbeits- und Lohnverhältnisse sehr günstige sein, zum mindesten günstiger als im allgemeinen in anderen Geschäften und Betrieben. Wir betonen, daß wir nicht die geringste Gemähr übernehmen, wie die Lohnverhältnisse sind. Derjenige, der schriftlich um Arbeit zufragen, hat sich selbst Gewißheit darüber zu verschaffen. Er hat sich zu erkundigen, wie steht es mit der Kündigungsfrist, dann mit den Lohnverhältnissen, mit der Gehaltsfrage, wie sind die Arbeitsstunden beschaffen usw. Wir wollen diese Punkte diesmal nicht eingehender behandeln, es ist das früher wiederholt schon geschehen. Wer sich über die einschlägigen Verhältnisse orientiert und vom Unternehmer die gestellten Bedingungen schriftlich fixiert in Händen hat, ist in der Lage, gegebenenfalls auch gerichtlich sein Recht zu suchen, falls die gemachten Zusagen nicht der Wahrheit entsprechend waren. Beinahe in jedem Gewerkschaftsblatte finden wir Inserate mit Arbeitsangeboten, ohne daß dieses der betreffenden Organisation, irgendwelchen Schanden getan hätte. Innerhalb unseres Verbandes hat sich aber die Gepflogenheit eingebürgert, bei Tarifverhandlungen sofort vor Zuzug zu warnen. Viele denken, nun wir sind am Ort, Zureisen ist verboten. Diesem Uebel werden wir gründlich abhelfen, indem ein solcher Hinweis nicht mehr veröffentlicht wird. Welch kuriose Ansichten da noch vertreten werden, zeigt folgendes. Als in der Versammlung zu Leipzig am 12. Mai der Streik für beendet erklärt wurde, und zwar zu unsern Gunsten, meinte ein Redner, nun müsse aber auch noch vor Zuzug gewarnt werden, damit Leipzig nicht mit Steinmetzen überflutet würde. Da hört aber doch alle Gemütlichkeit auf, wenn in einem solchen Ort mit derartigen Ansichten operiert werden kann. Ueberall wird Abschluß mit einer chinesischen Mauer verlangt. Auf viele andere Orte trifft das selbe zu. Ja, zum Teufel, fragen wir, wo sollen sich denn die arbeitslosen Steinmetzen dann eigentlich hinwenden, wenn überall der Zuzug fernzuhalten sei? Unter den reisenden Kollegen haben wir eine große Anzahl, die aus den angeführten Gründen, weil eine Tarifbewegung besteht, diesen oder jenen Ort meidet, und so der immerhin fargen Reiseunterstützung verlustig geht. Wir haben in über hundert Orten Tarife abgeschlossen, die meistens eine Gültigkeit von zwei Jahren haben. Die Verhandlungen werden schon frühzeitig begonnen und so wird es zutreffend sein, wenn alljährlich in etwa 50 Filialen Tarifverhandlungen zu verzeichnen sind. Ja, wenn da überall von diesen Orten Zuzug fernzuhalten verlangt wird, so ist das eine große Benachteiligung der reisenden Kollegen. Das geht nicht so weiter!

Wenn wir nun die etwaigen Arbeitsangebote doch veröffentlichten, so tun wir dies deshalb, weil erstens sehr viel Anfragen eingehen, wo es Arbeitsgelegenheit gibt, und zweitens dieser Zustand doch nicht weiter bestehen kann, daß uns vorliegende Inserate mit Arbeitsangeboten nicht zum Abdruck gebracht werden dürfen, weil in Leipzig 1902 dementsprechend beschlossen wurde. Auf der einen Seite Anfragen, wo gibt es Arbeit, auf der anderen Seite Arbeitsangebote. Wir können sie der Öffentlichkeit nicht bekannt geben laut Kongreßbeschl. Wenn wir solche Inserate nun dennoch veröffentlichten, so deshalb, weil uns die Notwendigkeit dazu bringt, insbesondere jetzt, wo Hunderte von Berufskollegen im Streik stehen.

Zur Bundesrats-Verordnung.

Entscheidungen des Kölner Oberlandesgerichts.

Ein Steinbruchbesitzer aus Niederdollendorf war wegen Uebertretung der Gewerbeordnung und der Bekanntmachung des Bundesrats vom 20. März 1902 unter Anklage gestellt worden, weil derselbe seiner gesetzlichen Verpflichtung, für die in seinem Steinbruch beschäftigten Schrottschläger (das sind Arbeiter, welche sich mit der Rohaufarbeitung von Steinresten und Zerklleinern derselben beschäftigten) Schutzdächer über den Werkstätten oder Arbeitsbuden zum Schutze gegen Unbilden der Witterung anzubringen, nicht nachgekommen war.

Das Schöffengericht zu Hennef als erste Instanz sprach den Angeklagten frei, ebenso die Strafkammer des Landgerichts zu Bonn, welche die Staatsanwaltschaft in der Berufungsinstanz angerufen hatte. Das Urteil des Landgerichts stützt sich auf folgende rechtliche Erwägungen:

Die Bekanntmachung des Bundesrats vom 20. März 1902 unterscheidet, wie eine Vergleichung der Paragraphen ergibt, ausdrücklich zwischen Steinbauern und Steinbrucharbeitern. Die ersteren schaffen nur größere Steine, Säulen, Grabdenkmäler usw.; sie bearbeiten größere Werkstücke, und von ihnen allein sagt der § 4 der genannten Bekanntmachung, daß Schutzdächer angebracht werden sollen. Für Schrottschläger und Steinbauer bestimmt der § 1 der genannten Bekanntmachung allgemein, daß wetterdicke Räume für die Arbeitspausen vorhanden sein müssen. Solche sind von dem Angeklagten unbestritten errichtet. Wenn nun auch zugegeben werden muß, daß die Bekanntmachung des Bundesrats vom 20. März 1902 zum Schutze und zur Förderung der Gesundheit der Arbeiter erlassen worden ist, und daß die Schutzbedürftigkeit der Steinbrucharbeiter und Schrottschläger für ebenso wünschenswert betrachtet werden kann, wie die der in Steinbauereien beschäftigten Personen, so kann aus der Bekanntmachung des Bundesrats eine gesetzliche Verpflichtung zur Beschaffung von Schutzvorrichtungen nicht gefolgert werden (?), da dieselbe zwischen Steinbauern und Steinbrucharbeitern unterscheidet und von letzteren in § 4 nicht die Rede ist. Es kommt hinzu, daß man nach dem allgemeinen Sprachgebrauch unter Steinbauern keine Schrottschläger versteht, sondern solche Personen, welche sich mit der Verrichtung von Werkstücken beschäftigen.

Die von der Staatsanwaltschaft gegen dieses Urteil eingelegte Revision, welche rügt, daß das Landgericht rechtsunrichtig angenommen habe, § 4 der Bundesratsverordnung finde auf Steinbrucharbeiter im allgemeinen keine Anwendung, hatte keinen Erfolg.

Der Straffenat des Kölner Oberlandesgerichts verwarf in seiner Sitzung vom 6. Mai d. J. die eingelegte Revision, da er die Rechtsausführungen des Vorderrichters für vollständig zutreffend hält.

Wir halten diesen Urteilspruch für verfehlt. Würde die Deduktion des Kölner Oberlandesgerichts richtig sein, dann könnten auch die Pflastersteinarbeiter keine Schutzdächer verlangen. Wir meinen, auf die Bezeichnung Steinbauer kommt es nicht an, denn auch die Pflasterer und Schrottschläger sind mit der Rohaufarbeitung des gewonnenen Steinmaterials beschäftigt.

Die wirtschaftliche Lage der Steinarbeiter in Beucha-Brandis.

Es war vor ca. 1 1/2 Jahren, als die Zahlstelle Beucha-Brandis ihrem Ruin entgegen sah, die wenigen Kollegen, die unsrer Fahne noch treu geblieben waren, sahen sich gezwungen, als Einzelkämpfer beim Zentralvorstand sich zu melden.

Kollegen, was war die Ursache gewesen? Ich glaube nicht fehlzugehen, wenn ich sage, die Interesslosigkeit und der Individualismus unter uns Kollegen selber. Es mag auch noch was andres mitgesprochen haben, aber ich will nicht weiter darauf eingehen, die am Orte einheimischen Kollegen wissen es selber am besten. Um dem eigentlichen Zweck näher zu kommen, will ich weiterfahren. Es wurde von den Kollegen, die noch zahlende Mitglieder waren, der Beschluß gefaßt, die Zahlstelle nicht einzugehen zu lassen, und zu diesem Zweck wurde eine Versammlung einberufen, um die traurige Lage zu besprechen. Es wurden neue Vorstandsmitglieder gewählt, es wurde uns auch von der Zentralleitung hilfreich zur Seite gestanden und so wieder neue Mitglieder aufgenommen. Es sind auch wohl Versammlungen einberufen, dem Verbands neue Mitglieder zugeführt und die Beiträge richtig bezahlt worden, aber eine innere Festigkeit ist nicht hineingekommen, um einen richtigen Geist innerhalb des Gaus zu bilden. Unsere Zahlstelle gleicht immer noch einem Bau, wo die Außenwände fein getrichen sind, das Innere aber morsch und zerfallen ist. Und wenn, Kollegen, ist wieder die Schuld beizumessen? Einzig und allein uns selber, durch unsere Laune, Interesslosigkeit, Zanf, Streit, durch unsern Haß und Neid. Werfen wir einmal einen Blick auf unsere Lohn- und Arbeitsverhältnisse und vergleichen die Gegenwart mit der Vergangenheit. Da sehen wir nur zu deutlich, was für Resultate erzielt worden sind. Man kann sagen, daß wir uns 20 bis 30 Proz. heruntergewirtschaftet haben. Der Lebensunterhalt ist in Beucha-Brandis geradezu auf das höchste hinaufgeschraubt. Er hält sich parallel mit dem in den Großstädten, und wir halten es immer noch nicht an der Zeit, unsern Lohn zu verbessern und unsern Lebensbedürfnissen anzupassen. Vor allem muß der persönliche Haß und Neid, der hier in Beucha so tiefe Wurzel geschlagen hat, beseitigt werden. Wenn einer am Zahlabend ein paar Mark mehr verdient hat, oder wenn der eine dem andern etwas am Zeuge flüden kann, gleich hergeht und dies an die große Glocke hängt, oder wenn einer beschreit ist, beim Meister gut Kind zu spielen, deren es hier in Beucha leider so viele gibt, ja Kollegen, da ist es kein Wunder, wenn es nicht vorwärts geht, denn das erzieht jeden besseren Keim, der noch in dem Herzen der Arbeiter vorhanden ist, und infolgedessen können die gewerkschaftlichen Interessen in Ewigkeit nicht gefördert werden. Man hat es nur zu deutlich in unserer letzten Versammlung gesehen bei der Wahl eines Kassiers, wo sich die Kollegen nicht trauten, das Amt anzunehmen, weil dieser von seinen Mitkollegen auf wenig oder gar keine Unterstützung rechnen konnte, wenn er auf Straßenpflaster fliegt. Ein heutiger Unternehmer soll die Gewohnheit haben, seine gewerkschaftlich agitatorischen Kräfte in seinem Betrieb zu dulden. Also, Kollegen, hier muß Abhilfe geschaffen werden durch unermüdete Agitation. Und ich glaube, hier ist es angebracht, daß jeder aufgeregte Steinarbeiter seinen indifferenten Mitkollegen ankündigt. Man soll nicht indifferent Leute vor oben herab behandeln, sondern man soll ihnen im guten ihr Tun und Treiben vor Augen halten.

Kollegen, sehen wir uns einmal in Beucha an, betrachten wir die Verhältnisse, so können wir wahrnehmen, daß die Unternehmer uns einen großen Teil Agitation ersparen, wir sind diesen noch zu dank verpflichtet. Wir sehen, wie sie sich vereinigten Kreises der Aussperrung, überhaupt um den gewerkschaftlichen Interessen der Arbeiter hindernd in den Weg zu treten. Wir sehen, wie ein Arbeiter, der sein Arbeitsverhältnis löst, gezwungen ist, 2-3 Stunden mit der Bahn zu fahren, wenn er wieder Arbeit finden will. Das, Kollegen, soll uns ein Ansporn sein, uns ebenfalls zusammenzuschließen, denn nur geschlossen können wir dem Terrorismus des Unternehmertums entgegenreten. Und wir können das ganz leicht, es fehlt nur der gute Wille, und das solidarische Einnehmen der Arbeiter unter sich. Wir haben Versammlungsorte, wo wir unsre Lage beraten und besprechen können. Es muß auch unsere Aufgabe sein, in Beucha ein Lokal zu erlangen. Haben wir dieses erreicht, so wird keiner mehr ohne dringenden Grund in der Versammlung durch Abwesenheit glänzen können. Es ist auch dann unsere Pflicht, selbiger jeder nach seinen Kräften zu unterstützen, was uns wohl nicht schwer fallen wird. Ich möchte jetzt noch ein paar Worte anführen betreffs der Statistik. Das ist noch so ein wunder Punkt, dem bei uns noch sehr wenig Beachtung geschenkt wird. Kollegen, um den Ausbau unsrer Zahlstelle zu vervollständigen, genügt nicht allein, seine Beiträge zu entrichten, die Versammlungen zu besuchen, zu agitieren, sondern es muß jeder einzelne seine Statistik richtig wahrheitsgetreu ausfüllen. Da sind sich noch sehr viele im unklaren, oder betrachten es als eine Nebenache, wengleich schon hundertmal darauf hingewiesen wurde. Man denkt, wenn man seinen Wochenberdienst hineinschreibt, dann genügt es. Es wird aber bei vielen nicht bemerkt, wieviel Tage sie gearbeitet haben die Woche, es wird kein Krankheitsfall angegeben, es wird keine Arbeitslosigkeit verzeichnet, sondern es werden einfach sechs Tage angegeben, gleichviel, ob sie die Woche zwei Tage blau gemacht haben oder 1-2 Feiertage dazwischen sind. Für was sind denn eigentlich die Rubriken angegeben? Also, Kollegen, nochmals hinweg mit allem Zanf und Streit, hinweg mit Haß und Neid, hinein in die Organisation, trage ein jeder dazu bei, daß auch der letzte Mann in unsrer Reihen kommt und so geschlossen als wie ein festes Bollwerk, damit wir dem Gegner auch dementsprechend gegenüberstehen. H. B.

Som Marmorarbeiterstreik in Hamburg.

Die Marmorarbeiter in Hamburg-Altona stehen seit sieben Wochen im Streik, um sich bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erkämpfen. Die Ursache ist, daß die Arbeiter ihren Arbeitgebern einen Tarif unterbreitet haben, in welchem die gewünschten Verbesserungen präzisiert sind. Die Vertreter der Marmorarbeiter haben nun in der höflichsten Weise versucht, eine Verhandlung mit den vereinigten Arbeitgebern anzubahnen, damit auf Grund der im Tarif aufgestellten Forderungen ein Arbeitsvertrag zustande kommt. Die Versuche waren vergeblich, die Arbeitgeber wollten die Sache verschleppen und machten sogenannte „Zugeständnisse“ von Maximallöhnen, für Marmorhauer pro Stunde 60 Pfg., für Marmorfleischer pro Stunde 50 Pfg. und 9 stündiger Arbeitszeit (bisher 9 1/2). Die Arbeiter dagegen verlangten u. a. Minimallohne von 60 resp. 55 Pfg. und bessere sanitäre Einrichtungen derjenigen Betriebe, welche einer Kontrolle

der Gewerbeinspektion nicht unterstehen. Die verlangten Löhne werden teilweise schon gezahlt. Die „Zugeständnisse“ der Arbeitgeber bedeuten also eine Verschlechterung der bisherigen Löhne, bedeuten Klassenlöhne zum gegenseitigen Antreiben der Arbeiter unter sich und zur Vergrößerung des Profits. Daß die Marmorarbeiter diesem nicht zustimmen konnten, wird wohl jedem, der den Wert seiner Arbeitskraft einschätzen kann, klar sein. Es kam deshalb am 4. April zum Streik. Die Vertreter der Arbeitnehmer haben nun öfter versucht, eine Verständigung herbeizuführen; das ist jedoch an dem Starrsinn der größeren Betriebsinhaber, den Steinmetzmeistern, und der Rückständigkeit der Marmorwarenfabrikanten (zum größten Teile Kleinbetriebe) gescheitert. Während erstere diese Kleinbetriebe resp. deren Inhaber früher gar nicht beachteten, werden diese jetzt ins Schleptau genommen, um, gelinde gesagt, als Stimmvieh benutzt zu werden, damit die Arbeiter zu Kreuze kriechen. Bei der Rückständigkeit eines großen Teils dieser Kräfte in sozialen Sachen haben die Herren leichtes Spiel, zumal auch die Geschäftskennntnis dieser Kräfte gewöhnlich in nichts weiterem besteht, als die Arbeiter anzutreiben, notdürftig eine Rechnung auszusprechen, das Geld einzufassieren, und dann am Viertische ihren Mann zu stehen. Dort wird mit der Arbeiterfreundlichkeit renommirt, das kostet gar nichts. Nun sind gemäß verschiedene einsichtige Arbeitgeber vorhanden, die eine Verständigung wünschen, doch es ist die Minderheit; auch fürchten sie den Terrorismus ihrer Kollegen und den der Lieferanten des Rohmaterials. Proben davon liegen der Streikleitung genug vor. — In sanitärer Hinsicht wurde verlangt, allwöchentliche gründliche Reinigung der Werkstätten, für die beschäftigten Arbeiter Sitzgelegenheit und Tisch beim Einnehmen der Mahlzeiten, Anbringung einer staubgeschützten Garderobe für die Straßenkleider, ferner Gelegenheit zum Anwärmen der Speisen. Wer nun schon einmal Gelegenheit hatte, diese Musterbetriebe der Fabrikanten in Augenschein zu nehmen, der wird gewiß nicht die Forderungen der Arbeiter als unverschämte bezeichnen. Jeder einsichtige Arbeitgeber, der in seinen Leuten nicht nur Ausbeutungsobjekte sieht, wird dies als selbstverständlich hinnehmen, denn die Arbeiter sind doch immer wieder diejenigen, die den Arbeitgebern ihre Existenz sichern. Wie konnten die Arbeiter sich auch unterstehen und derartige Wünsche äußern? Das geht an den Geldbeutel. Und Forderungen zur Verbesserung ihrer eigenen Lage sind immer frivoll und unverschämte. Wir werden nicht verfehlen, in nächster Zeit die Namen der größeren und kleinen Betriebe mit genauer Schilderung der dort bestehenden Zustände der Öffentlichkeit zu übergeben, damit auch diese einmal Kenntnis davon nimmt, in welchen Schwindsuchtshöhlen die glänzenden Marmorarbeiten hergestellt werden. — Die Organisation der Marmorarbeiter ist eine gute, Arbeitswillige von auswärts bekommen die Unternehmer nicht. Die Arbeitswilligen, die in den Betrieben sind, sollen angelernt werden. Jeder zu den neuen Bedingungen arbeitende Marmorarbeiter, ob Hauer oder Schleifer, ist im Besitz einer grünen Streikkarte; hat der Betreffende diese nicht, dann gehört er zu jenen Elementen, die sich bei jedem Streik unter dem Schutze der Polizei breitmachen und im Trüben fischen.

Zur Mündner Aussperrung.

Die Aussperrung der Steinarbeiter dauert un verändert fort. Die Unternehmer betonen, daß sie überhaupt keine Steinarbeiter mehr brauchen, trotzdem bemühen sich dieselben, von auswärts Arbeitswillige herbeizuschaffen, aber umsonst. Kollegen, die auf falsche Vorspiegelungen eingingen, sind wieder abgereist, sie wollen keine Schergendienste leisten. Zum Versehen der Steine werden Maurerpoliere, die voriges Jahr bei der Maurerbewegung als Streikbrecher fungiert haben, verwendet. Herr Zwissler beschäftigt einen Schuster als Verfeker an einem Staatsbau. Eine große Anzahl kleinerer Firmen, die unsre Forderungen anerkennen wollen, leiden unter dem Druck des Arbeitgeberverbandes. Unsere Kollegen zeigen eine große Disziplin und sehen ein, daß die Unternehmer die Organisationen der Arbeiter vernichten wollen.

Eine feine Politik spielt die Weltfirma Holzmann. So suchten die Herren Poliere Kiermair und Spietweg Leute anzuwerben, mit dem Vorwand, lebenslängliche Arbeit und 70 Pfg. Stundenlohn. (Vielleicht dann auch noch Pension.) Diese Herren wissen aber selbst noch nicht, wie lange für sie dort ein Platz eingeräumt ist. Wir haben eine große Anzahl Kollegen zu verzeichnen, die gerade bei der Firma Holzmann nach 15jähriger Arbeit aufs Pflaster gemorfen wurden, deshalb werden jetzt alle Versprechungen zurückgewiesen. Im Streik stehen 130 Steinmetzen, 20 Schleifer und Verfeker; eine große Anzahl jüngerer Kollegen ist abgereist. Die Kraft der Arbeiter ist stärker, als das Geld des Kapitalismus, und so muß der Sieg unser sein.

Korrespondenzen.

An die Schriftführer richten wir die Bitte, für die Versammlungsberichte sogenannte Klappbogen (ca. 15 × 23 cm) zu verwenden, mit Tinte und nur auf einer Seite zu schreiben.

(Berichte über wichtige Versammlungsbeschlüsse und sonstige Vorkommnisse sendet man sofort an die Redaktion des Fachorgans. Nur kurze Mitteilungen können noch Dienstags für die laufende Nummer bearbeitet werden.)

Menz. Heute, den 21. Mai, hielten wir unsre Monatsversammlung im Schlanpschen Saale ab, welche in Anbetracht des Mitgliederstandes aber besser besucht sein mußte. Der erste Vorsitzende forderte die Kollegen auf, ihren Pflichten, dazu gehört auch der Versammlungsbogen, besser nachzukommen. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrte man das Andenken unsrer eifrigen Kollegen und Verbandskassierers, Felix Lange, durch Erheben von den Plätzen. Dann berichtete der erste Vorsitzende über die Lage der Steinarbeiter im Menzental, die leider noch sehr traurig ist. Es herrscht hier noch das wilde Marktssystem nach Willkür der Arbeitgeber; Löhne von 14 Tagen 20-40 Mk. Durch eifrige Agitation werden wir auch einmal zum Ziele gelangen, um eine Besserung herbeizuführen. Darum auf, Kollegen, zur Agitation! Ave. Am 14. Mai fand im Gambirius in Ave eine Mitgliederversammlung statt. Der Vorsitzende gab die Aufnahme der neuen Kollegen, 9 an der Zahl, bekannt, was allerdings mit Freuden zu begrüßen ist. Weiter wurde der schwache Besuch der Versammlung getadelt. Es wurde beschlossen, anfangs Juni eine öffentliche Steinarbeiterversammlung im Bismarck-Café

zum Noß abzuhalten. Referent ist Geschäftsleiter Kollege Paul Starke in Leipzig. Die Stempeler Kollegen scheinen es nicht für nötig zu halten, sich zu organisieren, weil sie ihre gesetzlichen Rechte mißbrauchen. Die Bundesratsverordnung schreibt nicht 12—14 Stunden Arbeitszeit vor. Je länger geschuftet wird, desto kräftiger wird der Lohn gedrückt. Nach gedauerlicher ist es, wenn Kollegen auf die süßen Worte der Unternehmer Wert legen, was für reines Geflüster und Heuchelei ist. Im Versprechen sind sie riesig groß, und dann ist's alle, Taten gibt's bei ihnen nicht!

Alt-Warthau. Donnerstag, den 18. Mai, fand eine gut besuchte Steinarbeiterversammlung statt. Vor der Versammlung waren die Verbandsbücher verteilt worden; jeder Besucher hatte daselbe nach der Versammlung abzugeben zwecks Kontrolle. Jedes abgegebene Verbandsbuch wird mit: Versammlung besucht! abgestempelt, um dem Schiedsrichtern ein Ende zu machen und später den Bezug einer Unterstützung, die jedem hier von der Krankenkasse ausgesteuerten Kollegen gewährt wird, abhängig zu machen. Der Kollege K., welcher gegen den Versammlungsbeschluß betr. des 1. Mai gearbeitet hatte, war nicht erschienen, sondern überreichte dem Vorstand einen Brief, worin er seinen Austritt aus dem Verband anzeigte. Fremden erregten die Anwesenheit im Steinarbeiter, wo ein Polier und Granitsteinmehrer gesucht werden. Es sollten doch derartige Anzeigen unterbleiben.

Berlin II. Am Mittwoch, den 17. Mai, fand im Englischen Garten eine Versammlung statt, in welcher über die Frage verhandelt wurde: Wie stellen sich die Kollegen zur Kündigung des Tarifs? Mehrere Redner waren der Ansicht, daß dieses Jahr von einer Kündigung keine Rede sein könne, da die Konjunktur nicht besonders günstig sei. Gehen doch gelernter Steinmehrer sogar mit einem Wochenlohn von 9—15 Mk. nach Hause. Aber immerhin müßte doch eine bessere und günstigere Zeit abgewartet werden. Verschiedene Redner waren für die Kündigung. Sie wollen und können auch unter den jetzigen Verhältnissen nicht mehr nach diesem Tarif arbeiten. Vom Kollegen A. wurde der Antrag gestellt, von der Kündigung dieses Jahr Abstand zu nehmen. Nachdem noch einige Redner teils für, teils gegen dieselbe gesprochen, kam man nunmehr zur Abstimmung, die per Stimmzettel erfolgte. Von 98 abgegebenen Stimmen waren 52 für und 46 gegen die Kündigung. Somit ist nun dieselbe beschlossen. Es wurde hierauf gleich eine Tarifkommission gewählt. Die Wahl fiel auf die Kollegen: Durrer, Ph. Pflug, Voigt (Steinmehrer), Scheibel, Hermann Wolf, König (Schleifer) und dem Vorsitzenden als stehendes Mitglied. Nachdem der Vorsitzende noch auf die Ausfüllung der Statistiken aufmerksam gemacht hatte, schloß derselbe die Versammlung.

Bremen I. Am Dienstag, den 16. Mai, fand im Behrmanischen Lokal unsere monatliche Mitgliederversammlung statt, welche sich eines guten Besuchs zu erfreuen hatte. Bevor wir in die Tagesordnung eintraten, wurde das Andenken unseres verstorbenen, treuen und redlichen Verbandskassierers durch Erheben von den Sitzen geehrt. Hierauf ließen sich die Kollegen Heitz und Meise in unsere Reihen aufnehmen. Sodann konnte endlich einmal das Beschlüsse von unserem Winterbergrüßen seinen Bericht erstatten. Ein kleiner Ueberschuß von 13.05 Mk., welcher dabei erübrigt worden war, wurde der örtlichen Kasse überwiesen. Als Delegierter zur Gaufonferenz wurde Kollege Bollborn gewählt und ihm zugleich verschiedene interessante Fragen zur Erörterung mit auf den Weg gegeben. Besonders ist die Frage: wie stellt sich die Konferenz zur Unterstützung der bei Streiks in Mitleidenschaft gezogenen Kollegen? sehr diskutabel, da selbige von öfters zu Streitigkeiten geführt hat. Ferner wurde noch von verschiedenen Kollegen die Ansicht vertreten, ob es nicht besser wäre, den Gaubeitrag prozentual zu erheben, da dadurch eine gleichmäßige Besteuerung der einzelnen Kollegen herbeigeführt werden könnte. (Dieser Antrag wurde in Springe angenommen. Die Redaktion.)

Bremen II. Am 10. d. M. fand eine Versammlung statt. Es wurden zwei Kollegen neu aufgenommen. Dann mußten wir den ganzen Vorstand neu wählen. 1. Vorsitzender wurde Kollege W. Hillebrecht, Kassierer Kollege M. Köhler, Schriftführer Kollege Heinrich Seinemeyer. Sodann wurde vom Kassierer die Abrechnung vom letzten Quartal gegeben. Als Delegierter zur Gaufonferenz in Springe wurde Kollege W. Hillebrecht gewählt. Weiter wurde über die von der Kommission ausgearbeiteten Statuten der demnächst in Kraft tretenden Krankenzusicherungskasse diskutiert, und nachdem einige Paragraphen geändert waren, wurde die ganze Vorlage angenommen. Der Kartellbericht mußte wegen vorgerückter Zeit bis zur nächsten Versammlung zurückgestellt werden.

Bunzlau. Am 17. Mai tagte im Gasthaus zur Hoffnung unsere regelmäßige Mitgliederversammlung. 1. Punkt: Wahl des Vorstandes. Kollege Daubenthaler wurde als erster Vorsitzender wiedergewählt, als Kassierer wurde Kollege Paul Voost, Vizepräsident Hr. 2, und als Schriftführer Kollege Karl Schulze neu hinzugewählt. Als Revisoren wurden die Kollegen Geisler, Zimmermann und Holop gewählt. Kollege Lohse wurde als Delegierter zum Gewerkschaftskartell entsandt. Im Punkt Verschiedenes entspann sich eine lebhafteste Debatte; es wurde sehr gerügt, daß sich wieder zwei Kollegen gefunden haben, die den Versammlungsbeschluß, den 1. Mai durch Arbeitsruhe zu feiern, durchbrochen haben. Auch kamen unsere diesjährigen statistischen Erhebungen zur Sprache. Es ist bedauerlich, daß Dresden sich bei der vorjährigen Statistik nicht beteiligt hat. Der frühere Kollege Dennert hatte sich in der Versammlung zu Dresden ausgesprochen, daß sich in Bunzlau keine Kollegen befänden, die bei dem Ober-Streit diesen Leiden konnten. Die heutige Versammlung hat das Ziel erreicht, daß sie den Wert der Statistik besser kennt, als wie die Dresdner Kollegen. Es zeigt sich jetzt, daß die Bunzlauer Kollegen doch auf einer höheren Stufe stehen als die Dresdner. Es wurden noch örtliche Angelegenheiten besprochen; hierauf Schluß der sehr schlecht besuchten Versammlung. Es wäre zu wünschen, daß sich die Kollegen immer so zahlreich einfinden, als in der Versammlung, die vor dem 1. Mai stattfand.

Dresden. Freitag, den 19. d. M., tagte im Dresdner Volkshaus eine vollzählig besuchte Versammlung der Steinarbeiter von Dresden und Umgegend. Der Vertrauensmann erstattete ausführlich Bericht über den Stand des Streiks. Aus demselben ging hervor, daß sich 420 Mann an dem Ausstände beteiligten. Da dieses die Zahl der zurzeit hier arbeitenden Kollegen ist, so war die Arbeitsniederlegung also eine ausnahmslose. Bis jetzt unsere Forderungen bewilligt haben 28 Unternehmer; bei diesen arbeiten im ganzen 150 Mann; mithin verbleiben im Ausstande 270 Kollegen. Die Versammlung nahm hierauf Kenntnis von einem Schreiben der hiesigen Innung, in welchem dieselbe uns mitteilt, daß sie geneigt ist, mit uns zu verhandeln, wenn wir sofort auf allen Plätzen die Arbeit aufnehmen würden, andernfalls droht sie mit einer Aussperrung der Kollegen in Pirna und Umgegend; des weiteren wurde auch der Verband deutscher Steinmetzgewerkschaft seine Maßnahmen treffen. Hierüber entspann sich eine lebhafteste Debatte, in welcher sämtliche Redner dieses Angebot als unannehmbar zurückwiesen. Hervorgehoben wurde, daß die Herren weil sie vor wiederholtem Vertragsbruch nicht zurückgekehrt sind, sich bei uns um den letzten Rest von Glauben gebracht haben, und wir die Arbeit nicht eher wieder aufnehmen können, bis sie uns unumwidlungsbare Garantien für die Erfüllung unserer Forderungen geben. Folgende Resolution fand einstimmig Annahme: „Die Steinarbeiter von Dresden und Umgegend beschließen, die Arbeit nicht eher aufzunehmen, bis beiderseitig ein Tarif und eine Arbeitsordnung ausgearbeitet und angenommen ist.“ Zur Regelung der Unterstützung wurde beschlossen, daß die ersten drei Tage in der ersten Woche, welche

vom Verband aus „laut Statut“ nicht bezahlt werden, pro Tag mit 2 Mark vom örtlichen Fonds bezahlt wird, sodann für jede folgende Woche 6 Mark örtlicher Zuschlag erfolgen soll, die Kommissionsmitglieder aber pro Tag 1 Mark extra erhalten sollen. Um die örtliche Kasse nicht zu sehr zu schwächen, erklären sich die arbeitenden Kollegen bereit, solange der Ausstand dauert, fünf Prozent ihres Lohnes als Beitrag zu entrichten. Der Vertrauensmann weist unter allgemeiner Zustimmung der Kollegen auf die strikte Durchführung der Kontrolle der Kollegen sowie auf den Postendienst hin und ermahnt die Kollegen, die Anordnungen der Kommission genau zu befolgen, damit jederzeit volle Ueberprüfbarkeit herrscht; er gibt sodann die Zeit der Unterstützungsauszahlung bekannt und schließt hierauf die vollzählig besuchte Versammlung.

Dürthheim. Am Sonntag, den 21. Mai, fand in Hardenburg im Saale von Adam Walter Witwe eine sehr stark besuchte Steinarbeiterversammlung statt. Nach Eröffnung der Versammlung wies unser Vorsitzender Kollege Georg Weiß auf das Hinscheiden unseres Hauptkassierers Felix Lange hin. Zum Zeichen der Trauer erhoben sich sämtliche Anwesende von ihren Plätzen. Beim 1. Punkt der Tagesordnung: Wahl eines zweiten Schriftführers, wurde Kollege Jakob Kalbfuß einstimmig gewählt. 2. Punkt: Gründung einer Zahlstelle in Hardenburg. Nach langer Debatte sind wir zu der Einigung gelangt, daß sich die Hardenburger Kollegen an die Dürthheimer Zahlstelle anschließen. Es wurde für Hardenburg ein Vertrauensmann, Kollege Ferdinand Berger, und ein Kassierer, Kollege Jean Stump, gewählt. Die Vorstandsjahrt von Dürthheim und Hardenburg arbeiten zusammen und die Kosten, welche für den Verband entstehen, werden von der Dürthheimer Zahlstelle getragen. Unsere Zahlstelle macht erfreuliche Fortschritte, denn wir können bei jeder Versammlung Neuaufnahmen konstatieren. Die Forderungen, welche wir erreichten, und zwar ohne jede Streitigkeit, werden wir bei der nächsten Nummer veröffentlichen. Es stehen unserm Verband nicht mehr viele Kollegen fern, aber freuen würde es uns, wenn auch diese noch dem Verband beitreten würden.

Eicha. Am 14. Mai fand im Gasthof zu Eicha eine öffentliche Steinarbeiterversammlung statt. Genosse Schulze-Reipzig beleuchtete die Entwicklung der Kämpfe zwischen Arbeitern und Unternehmern. Redner wies weiter darauf hin, wie vor der Gründung des Deutschen Reichs das Vereinen einer Kategorie von Arbeitern bestraft wurde. Ebenfalls schilberte Redner die russischen Zustände sowie das Tun und Treiben der Junker. Schulze kam auch auf das Unterrichtswesen zu sprechen. Eine statistische Vorlage zeigte, daß der Verbrauch von Fleisch in Deutschland gegenüber Amerika und England sehr weit zurück sei, was nur auf die niedrige Entlohnung der deutschen Arbeiter zurückzuführen ist. Auch betonte er, daß mancher Kampf der Arbeiter unglücklich beendet würde, aber trotzdem hat die Organisation seit 1898 sehr große Fortschritte gemacht. Auch wird noch der Tag kommen, wo die Arbeiter, von Not und Elend befreit, frei werden von der Unterdrückung des Kapitalismus. Mit einem Appell, seine Ausführungen zu befolgen und auch die Parteipresse zu lesen, sowie innerhalb der Organisation Kampf und Streit heftete zu lassen und jeder einzelne mit allen Kräften zu agitieren, schloß der Redner seine Ausführungen unter sehr großem Beifall. Hierauf wurde dem Kassierer Decharge erteilt. Bei Verhandlungsangelegenheiten kam es zu lebhafter Aussprache betreffs Neuwahl eines Kassierers. Da der Kollege Steininger abreist, wurde Kollege L. Stiglauer als 1. und Kollege Windl als 2. Kassierer gewählt. Bei der Wahl kam es wieder zum Meinungsaustrausch, da bei den Güntherischen Steinmehrer bereits kein Kassierer zu finden war.

Fechenbach. Am Sonntag, den 14. Mai, fand in Dorpropfellen eine öffentliche Steinarbeiterversammlung statt. Kollege August Hermann aus Frankfurt referierte über Nutzen und Zweck der Organisation. Redner legte auch klar, wie im vierzehnten Jahrhundert sich schon die Steinmehrer zusammenschlossen haben, und warum es jetzt noch viel notwendiger sei, wie zur dortigen Zeit. Auf dem 2. Punkt der Tagesordnung stand: Stellungnahme zur Gründung eines Gewerbegerichts. Es wurde zuerst ein Schreiben vom Igl. Bezirksamt verlesen, welches ebenfalls an die Bürgermeister mehrerer Orte ging, und worin zugleich angefragt wird, wie sich die Orte dazu stellen. Kollege Hermann legte dann den Wert eines Gewerbegerichts klar, und nachdem sich noch einige Kollegen dafür ausgesprochen, wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: Die heute am 14. Mai im Lokal des Herrn Kirchhäger in Dorpropfellen stattgefundene zahlreich besuchte Steinarbeiterversammlung erklärt sich mit dem Vorgehen des Igl. Bezirksamts Marttheidenfelds betreffs Errichtung eines Gewerbegerichts für die Orte Fechenbach, Reitenhausen, Stadt- und Dorpropfellen und Faulbach einverstanden. In Erwägung, daß die Stadt Marttheidenfeld von den obengenannten Orten stundenweit entfernt ist, und in den obengenannten Orten die Industrie mehr entwickelt ist, wie in Marttheidenfeld und Lengfurt, bittet die Versammlung das Igl. Bezirksamt, daß der Sitz des Gewerbegerichts nach Stadtpropfellen gelegt wird. Nachdem sich dann noch einige Kollegen in den Verband aufnehmen ließen, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Hamburg II. In einer gut besuchten Versammlung am 14. Mai erstattet der Vorsitzende Bericht über den Stand des Streiks. Von den in den Listen eingetragenen 156 Streikenden seien noch 77 vorhanden, die übrigen sind abgereist bezw. anderweitig untergebracht. Die Situation sei sonst unverändert. Das Einigungsamt des Gewerbegerichts in Hamburg, welches wir zur Vermittlung angerufen, sei von den Arbeitgebern nach bekanntem Muster abgelehnt. Nach einer Besprechung, die Mitglieder der Kommission mit dem Vorsitzenden der Arbeitgeber gehabt, welche allerdings als privat anzusehen sei, scheinete bei den Arbeitgebern betreffs der Maximallöhne ein „Mißverständnis“ zu herrschen. Die Leitung habe nun mit Rücksicht darauf noch einmal eine Eingabe gemacht, worin gebeten wurde, den von vornherein gemachten Zugeständnissen folgende Fassung zu geben: Die Arbeitszeit beträgt täglich 9 Stunden, der Stundenlohn für Marmorhauer 60 Pfg., für Schleifer 50 Pfg., für Hauer und Schleifer, welche diese oder bereits höhere Löhne vor dem Streit hatten, eine sechsprozentige Lohnerhöhung, Ueberstunden werden mit 10 Pfg., Sonntagsarbeit mit 20 Pfg. Aufschlag bezahlt. Sonnabends eine halbe Stunde früher Feierabend bei Wegfall der Vesperpause. Dann seien noch einige Wünsche angeführt. Redner empfiehlt der Versammlung, sich mit diesem einverstandenen zu erklären, es seien dies mit wenigen Ausnahmen die frühesten Wochenlöhne bei neunstündiger Arbeitszeit. Nach der jetzigen Sachlage sei es taktisch richtig, und es werde sich nun zeigen, ob die Aeußerungen einzelner Arbeitgeber während der jetzigen Bewegung ernst zu nehmen sind. Nach lebhafter Diskussion wurde den Maßnahmen gegen vier Stimmen zugestimmt. Eine allseitige Kritik wurde noch an den Polizeimahregeln geübt. Die Streikenden sind sozusagen vogelfrei. Der Vorsitzende ersucht die Kollegen, die Einigkeit so zu bewahren wie bisher. Zwei ledige Streikende seien leider zu Arbeitswilligen geworden: A. Stagelsfeldt und G. Bölske, nachdem sie einige Wochen Unterstützung bezogen. Nachdem noch einige interne Angelegenheiten erledigt und auf die voraussichtlich am Freitag stattfindende Versammlung verwiesen, war Schluß der Versammlung.

Hamburg II. Am Freitag fand wiederum eine Versammlung der Marmorarbeiter statt. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde das Andenken des Kollegen Lange in der üblichen Weise geehrt. Siebold erstattete Bericht. In der letzten Versammlung hätten wohl eine Anzahl Kollegen mit Unwillen den Maßnahmen zugestimmt. Es hat auch tatsächlich einen Rückzug bedeutet, und wenn die Arbeitgeber diesem zugestimmt, dann hätten sie sich nichts vergeben und von einem Erfolge untreu hätte keine Rede sein können. Dafür haben die Arbeitgeber

auch die meiste Scheu. Es ist nun einmal wieder festgestellt, was auf die Aeußerungen der Arbeitgeber, mit Herrn Reimer an der Spitze, zu geben ist. Auf unsere Eingabe vom 15. d. M. ist nun folgende Antwort eingegangen. Redner verliest das Schreiben. Es sei daselbe wie vor 7 Wochen, nur etwas anders gefaßt, Maximallöhne sogar unterstrichen. Diesem könnten wir unter keinen Umständen zustimmen. Die Arbeitgeber behaupten nun, die Schlichter seien bei uns. Er halte es nun für notwendig, durch eine geheime Abstimmung festzustellen, ob der Streit weitergeführt werden soll oder nicht. In der Diskussion traten sämtliche Redner für die Fortsetzung des Kampfes ein, unter diesen Bedingungen würden sie nicht wieder in das alte Loch zurückkehren. Maximallöhne seien gleichbedeutend mit Klassenlöhnen zum Antreiben der Arbeiter unter sich. In gleicher Abstimmung, woran sich auf Vorschlag des Vorsitzenden die zu den neuen Bedingungen Arbeitenden nicht beteiligen, wurde mit 77 gegen 2 Stimmen die Fortsetzung des Kampfes beschlossen. Siebold konstatiert dieses unter dem Beifall der Versammlung und bringt dann noch einige Fälle von Arbeitswilligen zur Kenntnis. Diese fühlen sich schon als Herren der Situation, denn in einem Betriebe verlangen diese eine Lohnerhöhung, in einem anderen hätten sie sich gegenständig verhalten, einem anderen Arbeitgeber sei ein Hauskreiser mit einfassiertem Gelde durchgebrannt. Die Zahl dieser nehme täglich wieder ab. Ein Kollege führt noch an, daß verschiedene Arbeitgeber sich schon Material besorgten in dem Glauben, der Streit werde heute beendet. Der Kampf müsse mit aller Schärfe weiter geführt werden, die Kommission habe keine Ursache mehr, allzu schonend betreffs Presse usw. vorzugehen. Der Vorsitzende ersucht dann noch jeden Kollegen, auf dem Posten zu sein und allen Einfluß auf die Arbeitswilligen anzuwenden, sich aber Bedrohungen und Täuschungen zu enthalten.

Hoof bei Kassel. Erfreulicherweise fanden sich zur Versammlung am 14. Mai die Kollegen von hier und Umgegend sehr zahlreich ein. Dieselbe wurde eröffnet durch den Vorstand A. Schmidt. Alsdann kassierte der Rechnungsführer Manß die restierenden Gelder ein und legte dann mit dem Vorstand zugleich sein Amt nieder. Es wurde nunmehr zur neuen Vorstandswahl geschritten, und zwar wurde Kollege Johannes Karl als 1. Vorsitzender, Kollege Ludwig Preuß als Kassierer, Kollege Ludwig als Schriftführer gewählt. Weiter wurde gewählt zum Vertreter des Steinarbeiter an die Hooper Kollege Heinrich Siebert von hier; ebenso für Breitenbach und Umgegend Kollege Konrad Rudolf-Breitenbach. Diesen Kollegen wurde ein kleiner Betrag bewilligt. Als Revisoren wurden Konrad Schmidt und George Manß gewählt.

Kappelrodek. Am Sonntag, den 14. Mai, fand im Gasthaus zum Nebstod in Kappelrodek eine von deutschen und italienischen Kollegen gut besuchte Steinarbeiterversammlung statt. Anwesend als Referent war der frühere Gauleiter Kollege Pühler aus Strahburg. In seiner Rede über Gewerkschaftliches legte er den Kollegen ans Herz, was für Nutzen durch die Organisation erzielt wird. Das Referat wurde von den Kollegen mit großem Beifall aufgenommen. Ferner wurde ein Antrag, die Abhaltung einer Gaufonferenz, betreffs Wahl eines Gauleiters angenommen, indem der erste Gau schon seit längerer Zeit ohne Gauleitung ist und in diesem Gau die Notwendigkeit eines solchen sich herausgestellt hat. Es wurde der Antrag sämtlichen Zahlstellen des 11. Gau's übermittelt, um sich darüber zu äußern.

Mainz. Am Sonntag, den 13. d. Mts., morgens 10 Uhr, tagte im Lokal von Ph. Seiner eine Steinarbeiterversammlung. Punkt 1 wird, da derselbe die Anwesenheit sämtlicher Kollegen erfordert, bis zur nächsten Versammlung zurückgestellt. Der Vorsitzende referierte hierauf in längeren Ausführungen über die uns bevorstehende Gewerbegerichtswahl am 16. Juni d. J., zu welcher 14 auscheidende Beisitzer wiederzuwählen sind, und daher jeder wahlpflichtige Kollege, den vom Kartell aufgestellten Stimmzettel ungetrichen abzugeben habe. Durch Anrufung der letzten Gaufonferenz wurde heute ein Agitationskomitee von sechs Mann gewählt, welches später noch erweitert werden soll; daselbe soll die uns noch fernstehenden Indifferenten im Odenwald und in der Pfalz bearbeiten. Nach Erledigung verschiedener örtlicher Angelegenheiten, worunter auch der Statistiker auf genaue Ausfüllung der Statistik hinwies und diejenigen aufforderte, welche diese noch nicht abgeliefert haben, bis zur nächsten Versammlung dies zu tun, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Neundorf. Am 21. Mai, nachmittags 3 Uhr, fand im Gasthof zu Neundorf, Bez. Pzedden, eine öffentliche Steinarbeiterversammlung statt, welche nicht so besucht war, wie es sein sollte, was wohl auf die unglückliche Witterung zurückzuführen ist. Das Referat hatte Kollege Paul Wivig aus Sebnitz übernommen, welcher am Schluß seiner trefflichen Ausführungen reichlichen Beifall erntete, da er so recht den Anwesenden aus dem Herzen gesprochen hatte. Bei der darauf folgenden Debatte bemängelte Kollege Schulze verschiedene Punkte betreffs der Bundesratsverordnung, was mehrere Betriebe im Gottliebatal betraf.

Niederlamm. Unsere vor kurzem ins Leben gerufene Steinarbeiterorganisation macht zwar langsame, aber feste Fortschritte. Ist doch unsere Mitgliederzahl schon über 60 hinaus. Diese Zahl ist zwar nur ein kleiner Bruchteil der hier und in der Umgebung beschäftigten Steinarbeiter, aber wir haben uns vorgenommen, nicht zu ruhen und zu rasten, bis wir unsere Organisation auf die Höhe gebracht haben, wogin sie von Rechts wegen gehört. Wohl wissen wir, daß es intensiver Arbeit und einer durch und durch mühsamen Agitation bedarf, bis es uns gelingt das Massenbewußtsein bei unsern Kollegen wachzurufen. Doch wir sind eingenommen von dem Gedanken, daß alles, was wir zur Hebung unserer Lage erringen wollen, den Gegnern erst durch Kampf abzuwingen müssen. In Weiskstadt hat die Organisation nunmehr auch festen Fuß gefaßt und hoffen wir dadurch, daß das Fichtelgebirge in seiner Schieferkonkurrenz so bekannte Kirchenlamis, wenn es von zwei Seiten bearbeitet wird, doch auch einmal für uns zur Einnahme reif wird. Wenn nicht ganz außerordentliche Umstände eintreten, so kann es zwar noch Jahre dauern, aber die Zeit wird auch noch Aufklärung jenen bringen, die da meinen, daß sie niemals ihre Organisation brauchen. Wenn einmal der Wurfel Alkohol ihren Organismus vollends zerstört hat, dann kommen sie wohl auch einmal zur Einsicht, aber dann wird es wohl zu spät sein. Unsere am Sonntag, den 21. Mai, abgehaltene Mitgliederversammlung erfreute sich eines guten Besuchs. Zu dieser Versammlung war der Genosse Laumann aus Wunsiedel erschienen, um über das Thema Zweck und Nutzen der Organisation zu referieren. In ausführlicher Weise behandelte der Referent dieses Thema. In selbiger seiner gewerkschaftlichen und politischen Tätigkeit gemäßigter Arbeiter, versteht es dieser Genosse vortrefflich, seine Zuhörer bis zum letzten Worte seiner Ausführungen zu fesseln. Seine Rede zeugt von solcher Ueberzeugungstreue, daß wir ruhig sagen können, die Wirkung war eine sehr gute. Draufender Beifall ertönte am Schluß derselben. Unsere Mitglieder bitten wir, das Gehörte sich einzuprägen und auch danach zu handeln. Von nun an alles, was Uneinigkeit in unsere Reihen zu bringen angeht, ist, zu vermeiden, stets ihre Versammlungen zu besuchen, denn Aufklärung tut jedem von uns not. In den Versammlungen wollen wir uns gegenseitig aussprechen und Mittel und Wege suchen, um daß auch wir in die Lage kommen, ein menschenwürdiges Dasein zu führen. Gedankt der Mahnung des Redners, daß in jedem Arbeiterheim auch ein Arbeiterblatt gelesen werden soll. Laßt jene Blätter aus Euren Wohnungen verschwinden, die Euer Abonnementgeld gern nehmen, aber wenn Ihr einmal dazu kommt, Forderungen zu stellen, dieselben Euch mit Not bemerken, oder dieselben ins lächerliche zu ziehen versuchen. Unsere Arbeiterblätter sind es, die zu Zeiten der Not und Gefahr uns

trau zur Seite stehen, ohne aus irgend einem Grunde gezwungen zu sein, gegen die Gegner Rücksicht walten lassen zu müssen. Kollegen, wenn Ihr in diesem Sinne handelt, dann wird diese Versammlung reiche Früchte tragen, und mit dem Erfolg können wir dann vollständig zufrieden sein.

Oberstein (Sax). Sonntag, 14. Mai, fand hier im Gasthaus zur Krone die konstituierende Versammlung der neugegründeten Zahlstelle des Steinarbeiterverbandes statt. Der Vorsitzende, Koll. Mayer, eröffnete um 4 Uhr die sehr gut besuchte Versammlung, begrüßte die Erschienenen und erteilte dem Kartellvorsitzenden, Koll. Wittmann, das Wort. In seinem glänzenden Vortrage führte derselbe aus: Es liege im Wesen der kapitalistischen Produktionsweise begründet, daß sie von Zeit zu Zeit wirtschaftliche Krisen hervorbringe, unter denen die Arbeiter am meisten zu leiden hätten und die sich dem Arbeiter auch am ehesten fühlbar machen, indem sie mit massenhaften Arbeiterentlassungen und kolossalen Lohnreduktionen einsehen. Die Gewerkschaftsorganisationen haben sich daher die Verkürzung der Arbeitszeit, sowie die Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen zum Ziel gesetzt. Dieses könne aber nur durch eine feste straffe Organisation erreicht werden, und sei es daher Pflicht jedes Kollegen, sich der Organisation anzuschließen und derselben seine ganze Kraft zu widmen. Der lebhafteste Beifall bewies, daß Redner im Sinne aller Anwesenden gesprochen hatte. Die Ausführungen der Diskussionsredner zeigten den guten Geist, der unter den hiesigen Steinarbeitern herrscht, und wird es nicht fehlen, daß unsere Zahlstelle sich zu kräftigem Leben entwickeln wird. Nachdem noch 4 neue Mitglieder aufgenommen wurden, schloß der Vorsitzende um 1/7 Uhr die Versammlung.

St. Johann-Saarbrücken. Am Mittwoch, den 17. Mai, tagte unsere Mitgliederversammlung. Nachdem der Vorstand die Jahresabrechnung und die statistischen Erhebungen verteilt hatte, führte Kollege Moll einige Auszüge an und erörterte die verschiedenen Streits, welche in diesem Jahre geführt wurden. Auch beschloßen die Kollegen, einen Situationsbericht auszuarbeiten, wofür Kollege Bed dem Schriftführer zugeteilt wurde. Auch beschloßen die Kollegen, mit den Unorganisierten anders vorzugehen, worauf Kollege O. den Antrag stellte, ihnen nicht mehr auf- und abzutanken, was ihm übel ausgelegt wurde, denn ein christlicher Auchkollege drehte den Spieß um und denunzierte O. beim Meister. Die Folge war, daß O. Donnerstag morgen gefänglich wurde. Aber o weh, es arbeiteten 30 Mann auf der Kaufstelle, wovon 25 organisiert sind. Sofort wurde beim Frühstück Budentrecht abgehalten, welches wir in jüngster Zeit auch erobert hatten, und die Folge war, daß der Meister die Kündigung zurückzog und die Denunziation nichts nützte. Der Auchkollege heißt Wilhelm Schwarz aus Hochspeier und hat beim Streik in Kaiserslautern sich Unterstützung erschwandelt bei der freien Gewerkschaft, trotzdem er diese schon von den Christlichen hatte, wofür er sich bei uns besonders gerühmt hatte.

Weißensand. Die am 21. Mai, nachmittags 3 Uhr, in Weißensand angelegte öffentliche Steinarbeiterversammlung sollte ursprünglich im Saale des Gasthofes zum Löwen (Herrn Weßel) stattfinden. Weßel zog es aber vor, seine am 14. Mai gemachte Zusage dahin lautend, den Saal kostenlos uns zu dieser Versammlung zu überlassen, einige Tage vorher, von einer Zahlung von 15 Mark abhängig zu machen. Ob zu diesem Vorhaben die Gegner einmal wieder die Hände im Spiele hatten, oder die Frau ihren Willen durchsetzte, entzieht sich unsrer Kenntnis. Auf alle Fälle aber mußte Herr W. wissen, daß unsre Freunde die verlangten 15 Mark nicht bezahlen würden. Meinen sollte man es natürlich nicht, daß ein Geschäftsmann sich auf diese Art und Weise die größte Zahl seiner Gäste vertreibt. Denn daß die größte Zahl der Arbeiter dort von jetzt wissen wird, was sie Herrn Weßel gegenüber zu tun und zu lassen haben, glauben wir annehmen zu können. Daß ein Geschäftsmann seine Steuern und Abgaben nicht aus den Einnahmen von drei oder vier Gästen aus den Spiekerkreisen bestreiten kann, müßte Herr Weßel als rechnenden Geschäftstreibenden, als welcher er uns bekannt ist, doch auch einleuchtend sein. Durch Schaden wird man klug, aber nicht reich. Daß der Wechsel des Lokals zum Besuch der Versammlung ungenügend wirkte, kann nicht bestritten werden, aber doch war dieser verhältnismäßig ein guter zu nennen. Erfreulicherweise hatten sich auch eine Anzahl Steinschleifer eingefunden. In anerkannter Weise muß hier hervorgehoben werden, daß der Hotelbesitzer Herr Weßel jederzeit gern bereit ist, uns seine Gartenwirtschaft zum Abhalten solcher Versammlungen zur Verfügung zu stellen. Die Versammlung nahm einen vorzüglichen und für die Organisation äußerst günstigen Verlauf. Daß die Ausführungen des erschienenen Referenten Taumann aus Wunsiedel den Erschienenen zu Herzen gingen, bewies der ungeteilte Beifall. In der sich anschließenden Diskussion wurde angeführt, daß es in Weißensand noch Meister gibt, welche entgegen den gesetzlichen Bestimmungen ihre Arbeiter in den Wirtschaften entlohnen und die Arbeiter sehr oft bis um 10 Uhr auf ihren Lohn warten müssen. Der Aufforderung, sich dem Verbands anzuschließen, kamen eine Anzahl Kollegen nach. Aus der Anwesenheit eines sogenannten Auchkollegen, dessen Namen mit Sp. beginnt, wenigstens bringt uns sein bisheriges unkollegiales Benehmen uns gegenüber zu der Annahme, daß er in höherem Auftrage die Versammlung mit seinem Besuch beehrte, um am andern Tage genauen Bericht erstatten zu können bei seinen Auftraggebern. Hoffentlich wird diese noble Handlungsweise auch einmal entsprechend belohnt. Die richtige Signatur dieser Versammlung war, daß jeder einzelne von den Anwesenden durchdrungen war von dem Geiste, alle Kräfte einzusetzen, um der neugegründeten Organisation möglichst viele Mitglieder zuzuführen, so daß es gelingt, durch dieselbe die wirtschaftliche Lage der hiesigen Steinarbeiter zu heben.

Rundschau.

Blankenstein. Das Tal des Hammerbaches darf wohl mit Recht als dasjenige bezeichnet werden, das den Zulufttrieb mit Bruchsteinen versorgt. In den großen Steinbrüchen ist der Betrieb aufgenommen und der Versand erfolgt vom hiesigen Bahnhofe aus in besonderen Steingütern. Nach einer Vorlage, die jetzt der königlichen Eisenbahndirektion vorliegt, ist ein direkter Eisenbahnanschluß für mehrere große Steinbrüche geplant.

Oberkirchleithner. In den hiesigen Sandsteintwerken in Königstein (Elbe) verunglückte ein Steinbrecher dadurch tödlich, daß eine mit Steinen beladene Rippelori auf ihn stürzte und ihm die Schädeldecke zertrümmerte. Leider sind wir nicht in der Lage, Genaueres über die Entstehung dieses gräßlichen Unglückes mitzuteilen. Es ist doch eigentümlich, wenn die Rippelori so ohne weiteres umgestürzt wäre.

Zabern. Ein Unfall im Steinbruch brachte den Steinbruchbesitzer Picard aus Wittlingen (Kreis Saarburg) wegen fahrlässiger Tötung vor die Strafkammer. Das Unglück hatte sich in einem Steinbruch bei Oberhammer bei Sprengarbeiten ereignet. Da verschiedene Vorsichtsmaßnahmen verabfümt worden waren, flog ein schweres Steinstück einem Italiener mit solcher Wucht an den Kopf, daß er tot zusammensank. Da der Angeklagte für die Vorsichtsmaßnahmen hätte sorgen müssen, nahm das Gericht ein fahrlässiges Verschulden seinerseits an und verurteilte ihn zu drei Tagen Gefängnis. — Solche Urteile sind wirklich nicht dazu angetan, um den Unternehmer

zu zwingen, mehr als bisher den Unfallvorschriften Rechnung zu tragen.

Vellinzona (Schweiz). Im hiesigen Granitgebiet sind partielle Streiks ausgebrochen. Der Trust hat verschiedene Verschlechterungen bezüglich der Entlohnung eintreten lassen. Die Situation ist beunruhigend.

Die schwedische Steinindustrie und die deutschen Zolltarife. Zu obigem Thema lesen wir in der Deutschen Warte folgendes: Vor kurzem haben die Vertreter der schwedischen Steinindustrie beim Staats-, beim Finanzminister und dem Minister des Meubers in Stockholm eine Audienz gehabt und dort den Antrag gestellt, daß umgehend mit Deutschland Verhandlungen über den Abschluß eines Handelsvertrages eingeleitet werden möchten. Dabei wurde eine an die Regierung gerichtete Petition überreicht, die wir in ihrem auch für Deutschland interessanten Inhalte wiederzugeben in der Lage sind. Dieser Tarif belegt die Pflastersteine, die bisher frei nach Deutschland eingeführt sind, mit einem Zoll von 4 Mk. für 1000 Kilogramm; das bedeutet mit den Zollabfertigungskosten zusammen mindestens einen Aufschlag von 7 Mk. pro Quadratmeter Pflastersteine. Die einzige Möglichkeit, diese für die schwedische Pflastersteinindustrie bestehende Gefahr abzuwenden, ist nach unserer Meinung der Abschluß eines Handelsvertrages mit Deutschland. Nach dem, was bisher über die von Deutschland mit andern Mächten abgeschlossenen Handelsverträge bekannt ist, weiß man, daß es Belgien gelungen ist, den Zoll auf Pflastersteine um 50 Prozent zu erniedrigen, oder von 40 Pfg. auf 20 Pfg. pro 100 Kilogramm. Desgleichen auch Oesterreich-Ungarn, das sich außerdem Zollfreiheit für 30 000 Tonnen Pflastersteine pro Jahr bedungen hat. Dieses Quantum stellt ungefähr das ganze dar, was bisher aus diesem Lande nach Deutschland gelangt ist. Wenn nun diese Länder, die, mit Schweden verglichen, ein geringeres Interesse am deutschen Zolltarif haben, sich so wesentliche Ermäßigungen der im Gehege festgelegten Zölle bedungen haben, so scheint es uns, daß Schweden, für das diese Position des Zolltarifs eine besonders große Bedeutung innewohnt, von der deutschen Regierung sich nur noch weitergehendes Entgegenkommen durch Abschluß eines dauernden Handelsvertrages verschaffen könnte. Wann das neue deutsche Zollgesetz in Kraft treten soll, ist bisher unbekannt geblieben, aber jetzt verlautet, daß die von der deutschen Regierung abgeschlossenen sieben Handelsverträge am 1. März 1906 Geltung erlangen sollen. Der Zeitpunkt, um mit Deutschland von seiten Schwedens über einen Handelsvertrag zu verhandeln, scheint daher vorzuliegen.

Litterarisches.

Von der Neuen Zeit (Euttgart, Paul Singer) ist joesben das 34. Heft des 23. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Hefts heben wir hervor: Gewerkschaft und Partei. Von Heinrich Beer (Wien). — Das französische Junktimwesen am Vorabend der großen Revolution. Eine wirtschaftsgeschichtliche Studie. Von Ludwig Duesel. (Schluß). — Eine Revision der gewerkschaftlichen Taktik. Von R. Kautsk. — Die Stellung der Gewerkschaften zur Partei in Holland. Von Henriette Roland-Holst. — Partei und Gewerkschaft in Dänemark. Von Gustav Bang. — Die Konsumvereinsbewegung in Oesterreich. Von Sigmund Raff. — Konservierte Gefindeflaverei. Von Emil Fischer.

Un die Einzelzahler!

Die Expedition macht darauf aufmerksam, daß die Einzelzahler bei der Bestellung des Fachblattes stets ihre Buchnummer angeben müssen. Nur so sind wir in der Lage, zu prüfen, ob der Besteller auch berechtigt ist, das Fachblatt gratis zu beziehen. Wird die Buchnummer nicht angegeben, so unterbleibt die Zusendung des Steinarbeiters.

Weiter sei darauf verwiesen, daß die Einzelzahler, sobald sie von einem Orte abreisen, auch die Expedition davon in Kenntnis setzen, damit die Weiterendung des Kreuzbandes unterbleibt. Viele Kollegen reisen ab, aus Bequemlichkeit wird der Expedition nichts mitgeteilt und die verordnete Zeitung kommt nach längerer Wanderung mit der Bemerkung: Der Adressat ist nirgends zu finden, wieder retour.

Bekanntmachungen der Vertrauensleute.

Düffeldorf. Der Kollege Wilhelm Kamm e, Polizeur aus Düffeldorf, wird um seine Adresse gebeten.
Peter Frik, Vorsitzender.

Adressen-Änderungen.

Schwarzenbach a. S. 1. Vorsitzender: Hans Seuß, Neustadt 375. Kassierer bei den Schleifern: Ulrich Schörner, bei den Steinmeßern: Simon Saar.
Dortmund. Vorsitzender: Artur Wenzel, Körne bei Dortmund. Kassierer: Heinrich Böding, Heiligengartenstraße 40.
Bunzlau. 1. Vorsitzender: Karl Daubenthaler, Görlitzer Straße 10. Kassierer: Paul Voost, Töpferstraße 2.
Bucha-Brandis. Kassierer: Ludwig Stieglbauer, Brandis, Kammerei 7.
Goß bei Rassel. 1. Vorsitzender: Johannes Karl. Kassierer: Ludwig Preuß.
Ulm a. D. Vorsitzender: Eugen Müller, Weinhof 14.
Konstanz. Vorsitzender: Robert Pfeffer, Leimerstr. 15, III. Kassierer: Karl Staudinger, Matnaustr. 6. Dortselbst wird von 6 bis 8 Uhr die Reiseunterstützung ausgezahlt.
Springe. 1. Vorsitzender: Libertin.

Quittung.

Eingegangene Gelder vom 15 bis mit 20. Mai 1905.
Worms, Beitrag 3.70; Detmold, Beitrag 4.75; Nebra, Beitrag 60.80; Neutomischel, Beitrag 3.50; Alsenz, Beitrag 96.—; Delegiertensteuer 5.50, Zeitungsmarken 18.—; Essen, Beitrag 96.—; Offenbach, Beitrag 64.—, Eintrittsmarken 1.—, Zeitungsmarken 15.—; Mittweida, Eintrittsmarken 5.—, Delegiertensteuer 25.—, Zeitungsmarken 50.—; Wolgast, Beitrag 38.40, Delegiertensteuer 5.—, Zeitungsmarken 9.—; Heilbronn, Beitrag 7.85; Fürstenberg, Beitrag 3.50; Celle, Beitrag 2.90; Leßeln, Beitrag 2.80; Achim, Beitrag 2.50; Berl, Beitrag 2.80; Demitz-Thumitz, Beitrag 12.—; Leipzig, Beitrag 740.—, Delegiertensteuer 50.—, Zeitungsmarken 50.—, Eintrittsmarken 5.—; Mey, Beitrag 128.—, Eintrittsmarken 15.—, Delegiertensteuer 5.—, Zeitungsmarken 12.50; Mühlhausen in Thür., Beitrag 96.—, Zeitungsmarken 25.—; Weßelsburg, Beitrag 34.—, Delegiertensteuer 1.50, Zeitungsmarken 8.—; Hilbesheim, Beitrag 56.—; Hannover, Beitrag 96.—, Delegiertensteuer 12.50; Oberkirch, Beitrag 80.—; Düffeldorf, Beitrag 64.—, Eintrittsmarken 15.—; Anblau, Beitrag 64.—; Rittingenmünster, Beitrag 48.—; Hamburg I, Beitrag 128.—; Landau, Beitrag 38.—, Eintrittsmarken 3.50, Delegiertensteuer 2.75; Harburg, Beitrag 16.05; Eriebel, Beitrag 2.10; Selb, Beitrag 160.—; Mittelsteine, Beitrag 112.—, Delegiertensteuer 25.—; Offenburg, Beitrag 56.—, Eintrittsmarken 9.50, Delegiertensteuer 3.25, Zeitungsmarken 27.50, Abonnement (1. Qu.) 0.60; Riesa, Beitrag 279.—; Ober-Mörlin, Beitrag 32.—; Hohlau, Beitrag 5.—; Demmin, Beitrag 5.20; Lindow, Beitrag 2.40; Leipzig I, Beitrag 1.70; Krefeld, 2. Qu. 0.90; Hooß, Beitrag 128.—, Zeitungsmarken 25.—, Stempel 0.75; Wunsiedelburg, Beitrag 96.—, Eintrittsmarken 2.—, Delegierten-

steuer 12.75, Zeitungsmarken 25.—; Köln II, ? 61.50; Palmbach, Beitrag 3.24, Eintrittsmarken 9.—; Weiffensand, Beitrag 2.55; Leisnig, Beitrag 1.05; Ulm, Beitrag 128.—; Reban, Beitrag 81.92, Delegiertensteuer 2.50; Rheinsberg, Beitrag 1.80; Gütersloh, Beitrag 1.—; Rördlingen, Beitrag 48.—, Delegiertensteuer 0.75, Zeitungsmarken 8.—; Meißen, Beitrag 256.—, Eintrittsmarken 25.—; Ohlsdorf, Beitrag 72.—, Delegiertensteuer 7.50; Weiffensand, Beitrag 7.—, Eintrittsmarken 10.—; Konstanz, Beitrag 28.—; Dorpropzellen, Beitrag 3.50, Eintrittsmarken 7.50; Blankenburg, Beitrag 5.85.

J. B. Ludwig Geiß.

Für die Ausgesperrten in Nabresina

gingen in der Zeit vom 20. April bis 19. Mai noch ein: Reineheim 12.80; Berlin I 125.— Frant.
Fürth, 19. Mai 1905. Internationales Sekretariat.
Elisabethenstr. 28. Kob. Kolb

Briefkasten.

Alt-Warthau. Können wir leider nicht besorgen. — **Obermörten.** Ueber eine Versammlung vor vier Wochen können wir nicht mehr berichten. — **Mühlhausen (Elb.)** Von Konstanz schon eingeschickt. — **Kirchhausen, S.** Solche Unverschämtheiten gehen uns öfter zu. Wer könnte bei uns als Verbandsbeamter seine Pflicht tun. Allerdings aufregen werde ich mich über diesen Brief nicht. Solche Ungehörigkeit ist man gewöhnt. — **Strahburg, Pöbler.** Die gewünschten Nummern lege ich immer den Paketen bei. — **Blankenburg, Schönfelder.** Die Steinarbeiter werden nach dem Kasino geschickt. Verlangte dort dein Exemplar. — **Kappelrodeck.** Auf Teilsendungen lassen wir uns nicht ein. Ottenhöfen und Kappelrodeck liegen doch so sehr eng zusammen. Agitationsnummern liegen bei. — **K. S.** Muß wegen Arbeitsüberhäufung zurückgestellt werden.
Verschiedene Artikel und Berichte mußten wegen Raum-mangel zurückgestellt werden.

Anzeigen.

40 Pflastersteinschläger für Granit

nach der Ober-Lausitz finden dauernde und lohnende Beschäftigung. Meldungen erbeten an Grafe, Görlitz, Seydewitzstraße 32.

Steinarbeiter des Sichelgebirges!

Der von den Zahlstellen Schwarzenbach und Selb geplante Ausflug mit Musik (Kappeln-Koll) nach dem Waldstein über Kirchenlamitz und Weißensand findet am Himmelfahrtstage (1. Juni) statt.
Die Kollegen von Reban, Bilgrambreuth, Niederlamitz, Kirchenlamitz, Weißensand, Marktkeuthen, Mühlberg, Wunsiedel, Tröstau und Grötschreuth sind freundlichst eingeladen.
Abmarsch von Schwarzenbach 1/6 Uhr früh nach Kirchenlamitz, von dort per Bahn nach Weißensand.

Unserem Kollegen Ph. Fuchs zu seinem Hochzeitseste ein dreifach donnerndes Hoch!
Die organisierten Kollegen vom Werkplatz Michel in Ochsenfurt.

Ein donnerndes Hoch zur Hochzeit dem Kollegen Karl Stoerkel nebst Braut.
Zahlstelle Schlettstadt.

Mois Knupp, wo steckst Du?
Wilhelm Keller, Alt-Warthau.

Todes-Anzeigen.

Am 9. Mai verschied unser Kollege
Max Kliebes
im Alter von 41 Jahren an der Veruskrankheit.
Ehre seinem Andenken!

Am 15. Mai verschied unser Kollege
Bernhard Reinhold
im Alter von 51 Jahren an der Veruskrankheit.
Ehre seinem Andenken!
Die Zahlstelle Chemnitz.

Am 16. Mai starb unser langjähriger Vorsitzender
Jakob Gutekunst
in seinem Heimatort Haterbach an der Lungen-schwindsucht.
Ehre seinem Andenken!
Zahlstelle Konstanz.

Am 16. Mai starb unser Kollege, der Steinmeß
Gustav Thome
im Alter von 31 Jahren an der Veruskrankheit.
Ehre seinem Andenken!
Die Zahlstelle Dresden.

Am 21. Mai verschied nach längerem Leiden unser werter Kollege, der Steinmeß
Georg Wilfert
im Alter von 39 Jahren 11 Monaten an der Veruskrankheit.
Ehre seinem Andenken!
Die organisierten Steinarbeiter der Zahlstelle Selb.

Verantwortlicher Redakteur: A. Staudinger, Leipzig.
Verlag von Paul Starke in Leipzig.
Rotationsdruck der Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.

Die Kölner Wache.

Man schreibt uns: Nach zwölfstündiger Eisenbahnfahrt, welche in ihrem ersten Teil nur dadurch interessant unterbrochen wurde, daß wir von Leipzig bis Eisenach mit zwei Angehörigen der bürgerlichen Gesellschaft eine Sozialisten-Debatte schärftest führten, in welcher sich die schärfmacherschen Mäure der Herren in schönstem Lichte zeigten, fuhren wir über den prächtigen Rhein in das heilige Köln ein. Wenige Städte, ja man kann sagen keine Stadt Deutschlands, macht einen solchen Eindruck bei der Einfahrt, wie Köln. Diese Hafenanlage, die Uferbauten und der Schiffahrtsverkehr, der schöne Bahnhof, alles Zeugen von unermesslicher Kraft der modernen Welt. Ein Wald von vitalen Strebekeilern, Schwibbögen, Figuren, Baldachinen in schönster Gruppierung wird sichtbar, es ist der Dom. Es tritt hier die qualifizierte Arbeit der Steinmetzen im besonderen und der übrigen Bauarbeiter im allgemeinen in die Erscheinung.

Im Laufe des Sonntags nachmittag fanden sich schon eine Anzahl Gewerkschaftsvertreter ein, und zwar solcher, welche ein Interesse an der bereits schon tagenden Konferenz für Rheinland-Westfalen hatten, wo die Frage ventiliert wurde, Anstellung eines besoldeten Beamten durch die Zentralverbände.

Nachdem sich am Sonntag die sämtlichen Delegierten eingefunden, wurden sie am Abend im Kolosseum durch einen Kommerz von den Kölner Gewerkschaften offiziell begrüßt; neben Konzert, Darstellung lebender Bilder, Gesängen ernstem und heiteren Inhalts, brachte der Abend auch die Begrüßungsrede des Genossen Barthels, welcher die Bedeutung des Kongressorts, das Wachstum der Gewerkschaften, den Klassenkampf des Proletariats wirksam zum Ausdruck brachte.

Den Glanzpunkt des Abends brachte eine Ansprache des alten schweizerischen Genossen Greulich. In seiner herzlichsten Weise führte er aus, daß er nicht gekommen, um zu lehren, sondern um zu lernen, denn die deutschen Gewerkschaften würden ihre Lehrmeister, die Gewerkschaften anderer Länder, namentlich die Engländer, überflügeln. Er wies weiter darauf hin, welche große Masse der Arbeiter noch zur Organisation zu gewinnen sei wie viel ab und zu treten. Welche Massen und Schichten der Arbeiter für die Organisationen zu gewinnen sind und für den Klassenkampf geschult werden müssen. Der impulsive Ausbruch des Bergarbeiterausstands beweist uns, daß unerträgliche Zustände solche Eruptionen erzeugen, was er mit den Worten Schillers belegte aus dem Tell:

Eine Grenze hat Tyranneumacht,
Wenn der Bedrückte nirgend Recht kann finden,
Greift er hinaus nach seinen Rechten in den Himmel,
Welche drohen hängen unerbürdlich
Und unzerbrechlich, wie die Sterne selbst.
Der alte Urstand der Natur kehrt wieder,
Wo Mensch dem Menschen gegenübersteht —
Zum letzten Mittel, wenn kein anderes mehr
Verlangen will, ist ihm das Schwert gegeben.
Der Güter Höchstes dürfen wir verteidigen
Gegen Gewalt — wir stehen für unser Land,
Wir stehen für unsere Weiber, unsere Kinder.

Zu tragischer Höhe steigerte sich sein Vortrag, als er den Emanzipationsgang des Proletariats mit dem Auszug der Juden aus Ägypten verglich mit dem 40jährigen Wüstengang, durch welches ein neues Geschlecht heranwuchs, das abgestreift die Anhängel der alten Gesellschaft. Die da auszogen, sahen das gelobte Land nur im Abendrot, von den Bergen leuchten, und es war ihnen nicht bechieden, es zu erreichen. Seine Rede klang aus in den Worten: Den Glauben an eine bessere Zukunft und Gesellschaft muß das Proletariat haben.

Zu erwähnen ist noch, daß an die Stelle der Wüsten von Mary und Kassale die Wüste Schillers getreten war.

Während des Sonntags tagte gleichzeitig die Generalversammlung der Unterstützungsvereinigung, deren Resultat zurzeit noch nicht bekannt ist.

Am Montag, nach Eröffnung des Kongresses durch Legien, wurde zunächst über die Agitation beraten, und es kam hier zu verschiedenen Beschlüssen. Es machte sich

allgemein das Bestreben vorwiegend geltend, die Agitation unter den Arbeiterinnen und allen andern indifferenten Kreisen intensiver auszugestalten.

Wir lassen nun in gedrängter Kürze den bisher vorliegenden Bericht folgen:

Der Kongress wird am Montag, den 22. Mai, um 9 Uhr vormittags eröffnet. Es sind 213 Delegierte und eine große Zahl von Gästen zusammengekommen, darunter S. Greulich - Zürich vom Schweizerischen Arbeiterbund, P. Maes von der Parti ouvrier Belge, A. Hueber und Kräulein A. Bosched - Wien von der österreichischen Gewerkschaftskommission, Fr. Domes und S. Beer - Wien für den österreichischen Metallarbeiterverband, Grünwald - Wien für den österreichischen Buchbinderverband, L. Widholz - Wien für den österreichischen Holzarbeiterverband und F. Kalm - Wien für den österreichischen Porzellanarbeiterverband. Den Zentralverband deutscher Konsumvereine vertritt S. Kaufmann - Hamburg, die Großeinkaufsgesellschaft S. Lorenz - Hamburg und C. Kall - Dresden.

Gegen 9 1/2 Uhr eröffnet Legien den Gewerkschaftskongress: Was vor einem Jahrzehnt auch der größte Optimist nicht erwartet hat, ist eingetroffen. Auf diesem Kongress sind 1 1/2 Mill. organisierte Arbeiter und Arbeiterinnen vertreten. In Halberstadt vertraten auf dem ersten Gewerkschaftskongress 208 Delegierte 103 000 Organisierte; in Berlin, auf dem nächsten Kongress, wo zum erstenmal nur Vertreter der Verbände zugelassen waren, 139 Delegierte 271 000 Organisierte, in Frankfurt am Main waren 495 000 Organisierte durch 130 Delegierte vertreten; in Stuttgart 681 000 Organisierte durch 156 Delegierte, und hier vertreten 213 Delegierte 1 252 000 Organisierte. Das ist ein gewaltiger Fortschritt. Ganz anders haben sich die Organisationen entwickelt, als die Kleingläubigen annahmen, die an der Zukunft der Gewerkschaftsbewegung verzweifelt, ganz anders haben sich die Dinge entwickelt, als vor 12 Jahren auf dem Parteitag der sozialdemokratischen Partei hier in Köln vorausgesagt worden ist. Acht Genossen sind hier, die an den damaligen Verhandlungen 1893 teilgenommen haben. Sie werden damals dieselbe Empfindung gehabt haben wie ich: es scheint, als ob sehr wenig Sympathie für die Gewerkschaften im allgemeinen vorhanden ist. Bei objektiver Beurteilung der damaligen Vorgänge kommt man aber doch zu dem Resultat, daß zwar nach außen die Verhandlungen des Kölner Parteitages über die Gewerkschaftsfrage keinen sehr günstigen Eindruck gemacht haben, daß sie aber nach innen reinigend auf die Gewerkschaftsbewegung gewirkt haben. Deshalb blide ich auch meist vergnügt auf sie zurück: beginnt doch der Aufschwung der Gewerkschaftsbewegung mit dem Jahre 1893; hatten doch gerade diese Verhandlungen der Ueberzeugung in den Kreisen der Genossen Bahn gebrochen, daß die Gewerkschaftsbewegung der Arbeiter Bahn gebrochen, daß die Gewerkschaftsbewegung gefördert werden müsse. Ueber die innere Ausgestaltung der Gewerkschaften will ich nur anführen: 1891 hatten die Gewerkschaften eine Einnahme von 4.02 Mill. pro Kopf, 1903 eine Einnahme von 18.50 Mill. Der Kassenbestand betrug 1891: 425 000 Mill., pro Kopf 1.58 Mill., 1903 aber 16 109 000 Mill., pro Kopf 14.59 Mill. Auch die innere Festigkeit hat gewonnen. Zwar kommen zwischen einzelnen Gewerkschaften Grenzstreitigkeiten vor, aber das ist ja nur ein Familienstreit, und nach außen stehen die Gewerkschaften in vollster Einmütigkeit und Geschlossenheit da. So können wir mit Genugtuung auf diese Entwicklung zurückblicken, aber zufrieden sind wir bei alledem nicht! (Zustimmung.) Zufrieden sind wir nicht, denn noch stehen Millionen der Bewegung fern, die herangezogen und organisiert werden müssen. (Lebhafte Zustimmung.) Wir wissen, wie viel noch zu tun ist, bis wir uns Anerkennung an allen Stellen verschafft haben. Jedes Recht reicht nur soweit, als Macht dahinter steht, und diese Macht wollen wir uns erobern.

Es ist vorausgesagt worden, es würde hier, ich weiß nicht aus welchem Grunde, zu Reibungen zwischen den Gewerkschaften und der andern Seite der Bewegung, der politischen Organisation, kommen. Wenn auch einige Punkte der Tagesordnung den Anschein erwecken können, als ob es zu solchen Auseinandersetzungen kommen könnte, so glaube ich doch nicht, daß es der Fall sein wird. Bei dem innigen Zusammenhang, der zwischen den beiden Richtungen der Arbeiterbewegung besteht, und angesichts der Tatsache, daß die Personen ja vielfach dieselben sind, die in der gewerkschaftlichen oder politischen Bewegung arbeiten, werden sich diejenigen täuschen, die da hoffen oder fürchten, daß sich Gegenläufige zwischen der politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung ergeben werden.

Einladungen sind ergangen zunächst und selbstverständlich an den Oberbürgermeister von Köln, an das Oberhaupt der städtischen Verwaltung, die uns diesen schönen Saal zur Verfügung gestellt hat, und weiter, auf Wunsch des Lokalkomitees, auch an die Gewerbeinspektoren des Bezirks. Ich weiß nicht, ob die Herren der Einladung gefolgt sind. Zum Schlußgarter Kongress hatten wir das Reichsamt des Innern eingeladen. Diesmal aber haben wir von der Einladung abgesehen. (Lebhafte Zustimmung.) Graf Hofadomsh hat im vorigen Jahre unsere Einladung zum Seimarbeiterkongress „wegen Zeitmangel“ ab-

gelehnt. Dagegen ist er im April 1905 persönlich auf der Generalversammlung des Gewerbevereins der christlichen Heimarbeiterrinnen erschienen, der 3100 Mitglieder zählt. Angesichts dieser Tatsache sind wir der Ueberzeugung geworden: es widerspricht der Ehre der deutschen Gewerkschaften, an diese Stelle noch einmal eine Einladung zu schicken. (Lebhafte Zustimmung.) Das Fehlen eines Vertreters der Regierung wird unsere Verhandlungen keinen Abbruch tun. Ich denke, daß sie uns ein gutes Stück weiter bringen werden. (Bravo!)

Nach diesen Begrüßungsreden konstituiert sich der Kongress. Er wählt durch Zufur Legien und Bömelburg zu Vorsitzenden, Cohen - Berlin (Metallarbeiter), Deinhardt - Stuttgart (Holzarbeiter), Winkelmann - Bremen (Böttcher), Bauer - Berlin (Bureauangestellter), Reichelt - Chemnitz (Textilarbeiter) und Dreher - Berlin (Transportarbeiter) zu Schriftführern. — Für die Tagung wird die Zeit von 8 bis 12 und von 3 bis 6 Uhr festgesetzt. Es wird eine Mandatsprüfungs- und Redaktionskommission gewählt; dieser gehören Knoll, Sabbath und Umbreit - Berlin (General-Kommission), Paepelow - Hamburg (Maurer) und Brinkmann - Bremen (Zimmerer) an.

Die definitive Tagesordnung lautet:

1. Erledigung der geschäftlichen Angelegenheiten.
2. Rechenschaftsbericht der General-Kommission.
3. Bericht über das Zentralarbeitssekretariat.
4. Die Stellung der Gewerkschaften zum Generalstreik. (Berichterstatter: Reichstagsabgeordneter Th. Bömelburg - Hamburg.)
5. Die Gewerkschaften und die Maifeier. (Referent: Reichstagsabgeordneter Robert Schmidt - Berlin.)
6. Gewerkschaften und Genossenschaften. (Referent: Reichstagsabgeordneter A. v. Elm - Hamburg.)
7. Die Aufgaben der Gewerkschaftskartelle in der Gewerkschaftsorganisation. (Berichterstatter: G. Link - Berlin.)
8. Die gesetzliche Vertretung der Arbeiterschaft in Arbeiterkammern. (Referenten: R. Umbreit - Berlin und Reichstagsabgeordneter Hue - Essen.)
9. Der Uebertritt aus einer Gewerkschaft in die andre infolge Berufswechsel.
10. Verschiedene Anträge.

In der Diskussion über den Rechenschaftsbericht der General-Kommission wird zunächst der Punkt: Agitation verhandelt. Von den 18 hierzu vorliegenden Anträgen findet der der Graveure, den Beitrag an die General-Kommission pro Quartal und Mitglied auf 8 Pfg. zu erhöhen, nicht die genügende Unterstützung. Ebenso ein Antrag Duisburg auf sorgfältigere Pflege der internationalen Beziehungen; ein Antrag Metz auf Erziehung von Arbeitersekretariaten in den Hauptindustriebezirken Elsaß-Lothringens, ein Antrag auf Herausgabe französisch-deutscher und zweiter Antrag auf Herausgabe französisch-deutscher und französisch-italienischer Broschüren und ein Antrag der Rheinisch-westfälischen Gauleiter auf Ausbau des Operaio Italiano.

Zur Begründung der genügend unterstützten Anträge erhalten die Antragsteller das Wort. Legien beantwortet den Vorschlag der General-Kommission, die Zahl ihrer Mitglieder von 9 auf 11 zu erhöhen. Die Zahl der besoldeten Beamten dürfe nicht die der übrigen Mitglieder der General-Kommission übersteigen; sonst könne jede Frage gleich im Bureau entschieden werden. Auch sei es besser, die Vertretungs- und sonstigen Pflichten der General-Kommission auf mehr Mitglieder zu verteilen, da jeder schon seine Gewerkschaft stark in Anspruch nehme.

Muth - Köln (Maurer) begründet den Antrag auf Anstellung eines Gewerkschaftssekretärs für das Rheinisch-westfälische Industriegebiet. Von München-Grabbach aus führe man einen systematischen Kampf gegen die freien Gewerkschaften nicht als christliche Gewerkschaft, sondern im Dienste des Zentrums gegen die Sozialdemokratie. Die Gewerkschaften brauchten deshalb in Rheinland-Westfalen einen Mann, der sie geistig unterstützen könne und der nicht durch Kleinarbeit überlastet sei.

Frau Thiede - Berlin (Buchdruckerei-Gilfsarbeiter) betont, daß das gewerkschaftliche Frauenkomitee auch durch die Sammlung von Material nützliche Arbeit geleistet hätte. Sie empfiehlt dessen Resolution, in der gefordert wird, nach allgemeiner Frauenagitation durch öffentliche Versammlungen in allen Organisationen weibliche Vertrauenspersonen zu wählen. Die Beiträge für weibliche Mitglieder sollen nicht niedriger sein als der Mindestbeitrag der männlichen Arbeiter.

In der allgemeinen Diskussion bezweifelt Graveur Brüdner - Berlin, daß die General-Kommission mit den ihr bisher zur Verfügung gestellten Mitteln ihre täglich wachsenden Aufgaben werde erfüllen können. Man werde nicht umhin können, die Beiträge für sie zu erhöhen. Redner wünscht, daß die General-Kommission in den Zentralvorstandskonferenzen der Lokalfraze in zurückgebliebenen Gegenden größere Aufmerksamkeit schenke.

Einmütig und debattelos wird eine Resolution zugunsten des Rheinisch-westfälischen Bierbrototts angenommen. In der Nachmittagsitzung wird die Debatte über den Vorstandsbericht beim Punkte Agitation fortgesetzt.

Die Hohenzollern-Legende.

Als neuer Band der Kulturbilder beginnt soeben im Verlage der Vorwärts-Buchhandlung eine Darstellung der Hohenzollern-Legende aus der Feder unseres Genossen Maurenbrecher. Zum erstenmal erhält hier die Öffentlichkeit ein wahres Bild von dem Wesen und den Leistungen derjenigen Monarchen-Familie, die den stärksten Einfluß auf die Geschichte des deutschen Volkes gehabt und die zugleich die Byzantiner am eifrigsten umläteten.

Zum Einleitungskapitel entwirft Maurenbrecher eine Skizze der heutigen Monarchie, der die folgenden Ausführungen entnommen seien:

Es ist nicht zufällig, daß der Kaiser gerade die Sorge für die Wohlfahrt des Landes und seiner Bewohner bei der Schilderung seiner Vorfahren herausgreift. Es hat Zeiten gegeben, in denen man das weniger geschätzt hat. Die erste Hohenzollern-Legende, die mit der national-liberalen Bourgeoisie der vierziger und fünfziger Jahre entstand, hat nach ganz andern „Verdiensten“ der Hohenzollern gefahndet: ihre auswärtige Politik, ihr Militarismus, ihre Hineinwirkung des Landes in die großen europäischen Staatenkämpfe, kurz ihre größere oder geringere „nationale“ Bedeutung im Sinne der Bourgeoisie, das war der Maßstab, an dem die Drogen, Eitel, Kreitsche usw. die „Größe“ und Bedeutung der Hohenzollern maßten. Heute ist es die „soziale Tätigkeit der Hohenzollern“, ihre Sorge für materielle und geistige Blüte, ihr Arbeiten für das Glück und die Wohlfahrt ihrer „Untertanen“, die ihre „Größe“ am deutlichsten zeigen soll.

Kein Zweifel, daß diese neue Zuspitzung der Hohenzollern-Legende genau so gut ihren politischen Hintergrund hat wie jene ältere bürgerlich-nationale, die in den vierziger und fünfziger Jahren des letzten Jahrhunderts heranwuchs. Diese ältere Form diente dem Bedürfnis der Bourgeoisie. Sie sollte die Herzen gewinnen für die große Idee der „nationalen Einigung Deutschlands

unter preussischer Führung, sollte nachweisen, daß um ihre „nationalen Verdienste“ in der Vergangenheit willen kein anderes Herrscherhaus so befähigt sei, diese Einheit zu schaffen als gerade die Hohenzollern. So hat auch die neue Form ihren politischen Zweck. Sie soll die Arbeiterbewegung mit dem Monarchismus versöhnen. Der Kaiser zieht die Stimmen der Gegner wachsen. Zum erstenmal geht eine ernstlich antimonarchische Bewegung durch größere Teile des deutschen Volkes. In der Zeit, da Wilhelm II. Kaiser ist, ist sie von 768 000 auf über 3 Millionen Wählerstimmen gestiegen. Keine Frage, daß der Kaiser die wirkliche Ursache dieses Wachstums der antimonarchischen Bewegung nicht kennt; er müßte sich ja selbst aufgeben, wollte er ihre inneren Gründe verstehen. Er vermag er nur Täuschung und Verhehlung, nur Lug und Verführung in ihr zu erblicken. Ihm ist es ja so deutlich, daß er und sein Haus dieses wachsende Mißtrauen des Volkes nicht verdient hat. Warum nur die Menschen nicht sehen wollen, wie segensreich gerade wir Hohenzollern um die unteren Klassen uns mühen? Man muß es ihnen sagen, man muß der Verführung entgegenreten, man muß Verehrung und Vertrauen zur Monarchie von neuem erzeugen. Es ist ja gar nicht zu verstehen, warum die Leute so mißtrauisch sind. Man muß die Geschichte unseres Hauses ihnen nur böllig klar machen, und die Verfälscher werden zu Schanden werden!

Von hier aus erst wird verständlich, warum der Kaiser solchen Nachdruck darauf legt, daß ausnahmslos alle Hohenzollern diese landesväterliche Sorge für ihre Untertanen als höchstes Ziel ihres Lebens kannten. Das ist geradezu der Schwerpunkt seiner Anschauung überhaupt. Nicht, daß es unter den Hohenzollern neben gewissenlosen Verschwendern auch einige gewissenhafte, landesväterlich sorgsame Monarchen gegeben habe, will er behaupten. Das könnten andre Fürstenhäuser auch von sich rühmen. Das wäre überhaupt kein großer Ruhm; denn daß im Wechsel der Generationen eblere und unedlere Charaktere sich folgen, ist ein Schicksal, das alle, auch die bürgerlichen und proletarischen Familien, ohne Ausnahme trifft. Nein, gerade erst die

Ausschließlichkeit der landesväterlichen Sorge, erst, daß sie eine „Tradition“, ein „Vorrecht“ des Hauses ist, das wie eine Naturkraft in jedem seiner Mitglieder wirkt, erst das gibt dem Kaiser das Recht, blindes Vertrauen der „Untertanen“ auch für sich und seine eigne Regierung zu fordern.

Gerade die Ausnahmslosigkeit der hohenzollernschen Begabung ist der neue Zug, den die Hohenzollern-Legende des Kaisers zu jener bürgerlich-nationalen Heroisierung einzelner Hohenzollern hinzubringt, die früher die herrschende war. Die bürgerlich-„nationale“ Geschichtsschreibung, so besangen sie auch in den politischen Bedürfnissen ihrer Klasse und den daraus fließenden Vorurteilen gewesen, sie hat doch immerhin noch einen Unterschied zwischen den einzelnen Fürsten gekannt. Unter den dreizehn Hohenzollernfürsten, die Drogen in seiner vierzehnbändigen Geschichte der preussischen Politik behandelt, sind nur drei, die er in geradezu märchenhafter Weise verherrlicht; zwei andere lobt er noch ziemlich stark; vier beurteilt er mitteilidig-sympathisch, und über fünf giebt er die volle Schale seines Zornes. Von einem ausnahmslosen Preisen aller Hohenzollern, bloß weil sie Hohenzollern waren, ist nicht im entferntesten die Rede. Das ist das neue, das die Regierung Wilhelms II. zu der alten Hohenzollern-Legende hinzutrug, daß heute die Ausnahmslosigkeit ihrer Größe und Güte zum eisernen Bestande jeder „volkstümlichen“ Darstellung der preussischen Geschichte gehört.

Der heutige Geschichtsunterricht in der Volksschule gibt den Kindern des Volkes nicht die Wahrheit, so gut oder so schlecht die heutige Forderung sie eben kennt. Er verheimlicht auch nicht nur unbenqueme Dinge, wie es auf den Realschulen und Gymnasien wohl auch geschieht. Nein, er dichtet direkt Lumpen in glänzende Wohlthäter um! Es ist einfach nicht wahr, daß das Hohenzollern-geschlecht nur aus einer Reihe glänzender Lichtgestalten, unermüdlich besorgter „Landesväter“ bestand. Die bürgerliche Wissenschaft — trotz aller Befangenheit gegenüber dem Monarchismus, in der auch sie noch versunken — weiß ganz genau, daß es unter den sieben Hohenzollernfürsten von Brandenburg-

Sabat - Berlin begründet den Antrag des Schneiderverbandes. Sein Verband habe schon von jeher alle in der Konfektion tätigen Personen organisiert, auch die Wäscherinnen. Einmal Tages sei dem rein lokalen Verband der Berliner Wäscherzuschneider eingeleitet, sich als Zentralverband zu konstituieren. Wenn er (Rebner) auch jetzt Landesmann des Gewerkschaftsausschusses sei, so verstehe er doch nicht, daß dieser einen solchen Verband anerkannt hätte. In Hamburg wäre das früher nicht möglich gewesen. Günstig würde der Gewerkschaftsausschuss den Fehler des Gewerkschaftsausschusses wieder gut machen.

Schwarz - Danzig (Maurer): Wenn schon das Geld für einen Obergaulleiter ausgegeben wird, so soll dieser sich auch an Ort und Stelle im Rheinland informieren. Im rückständigen Osten ist die Lokalfrage nur mit dem Gelde der Generalkommissionen zu lösen, alle anderen Mittel haben versagt! Legien meinte, wir sollten die Statistiken der Regierung unterstützen, um uns den Weg zur Anerkennung durch sie offen zu lassen. Wäre das wirklich der Grund, so könnten wir uns besser unsere Groschen sparen und unser Geld fruchtbarer für die Agitation verwenden. Denn da alle leitenden Personen aus der Klasse der Wenigen genommen werden, die die Masse des Volkes ausbeuten, so werden sie nicht so leicht die Gewerkschaften anerkennen. Aber gleichviel; jedenfalls wollen wir der Regierung zeigen, daß wir ihr behilflich sind, auch wenn sie uns allüberall Steine in den Weg legt. (Sehr gut!)

Koth - Berlin (Buchbinder) tritt für die Anstellung des Generalgaulleiters ein. Zwar solle er keine Christenverfolgung treiben und nicht bloß auf das Zentrum schimpfen, aber er hat journalistisch jedenfalls eine der schwersten und wichtigsten Aufgaben. Wir dürfen nicht noch drei Jahre damit warten. Sonst fahren die Christlichen das Heu ein, das wir verkaufen lassen.

Seutel - Berlin (Glasarbeiter) protestiert gegen das Benehmen Umbrechts, des Vertreters der Generalkommission, auf dem Verbandstage der Glaser. Der habe zur Anstellung von Gaulleitern gedrängt, und da er die Autorität der höchsten Stelle für sich hatte, wurde der Antrag angenommen. (Große Heiterkeit und sehr gut! Sehr richtig! Rufe.) Rebner protestiert dagegen, daß die Generalkommission nicht vermittelnd, sondern bestimmend eingreife. (Fortsetzung folgt.)

Bar Agitation im 11. Gau (Straßburg).

Der in letzter Nummer erschienene Zeitartikel: **Verbreitete Agitation**, ist gewiß aus voller Ueberzeugung verfaßt und eine kräftige Aufmunterung für so viele unserer Verbandskollegen zur Mitarbeit wird er auch sein. Besonders zu begrüßen ist, daß darauf hingewiesen wird, daß eine mehr wie bisher intensive Agitation in den noch indifferenten Gegenden (Bruchgebieten) Platz greifen muß. Bislang ist es damit kein richtiger Ernst gewesen, weil man der ganz falschen Auffassung war, die traurigen Arbeitsverhältnisse in den finsternen Winkeln treiben die Kollegen von selbst zur Organisation. Jetzt ist die richtige Erkenntnis eingezogen, daß man die Kollegen h o l e n muß unter Aufbietung aller Kräfte. Früher huldigte man der Losung, bauen wir vor allem die Organisation in den Städten aus, das andre überlassen wir ruhig der weiteren Entwicklung. Ja, die Entwicklungsstufen sind schneller gekommen, als gewollt. Heute schon sind sie zur Lebensfrage geworden. Was uns not tut, ist, daß mit der jetzigen betriebenen „schablonenhaften“ Agitation gebrochen wird. Denn wenn man damit rechnen muß, daß man bei einer, wollen mal sagen, erfolglosen Agitation auch zugleich in Ungnade fällt, so wirkt dies nicht gerade sehr ermunternd. Man mußte sich sagen lassen, die Gelder werden verpulvert (die Beitragselder der Mitglieder) und es ist doch nichts damit erreicht. Ja freilich, wenn man keine Ausdauer zeigt und nicht denkt, daß die aufzumendenden Mittel doch mal ihre Früchte bringen werden, so ist das Zurückhalten wohl erklärlich. Der Landmann ist ja auch immer wieder trotz einer Mißernte.

Und wie findet die Zustände in unserm 11. Gaubezirk? Traurige sind es; keine Gaulleitung mehr, durch welche das notwendige Zusammenarbeiten der einzelnen Zahlstellen ermöglicht wird, und das noch so große Bruchfeld bearbeitet. Unser Zentralleitung scheint es gleichgültig zu sein, sonst könnte sie nicht so lange diesem Schauspiel zusehen. Daß man nicht allen Rechnung tragen kann, ist selbstverständlich, und dennoch muß der feste Wille dazu vorhanden sein.

Der Schwarzwald mit seinen Granitbezirken und Sandsteinbrüchen, die Vogesen, das mächtige Pfalzburger, das Zaberner Bruchgebiet mit Unterelsaß, und gar noch das große Lothringen, ist reif zur Organisation, wenn unausgesetzte Aufklärungsarbeit mit den nötigen Opfern gebracht wird. Dann hat der Zeitartikel in letzter Nummer auch das richtige getroffen für den 11. Gaubezirk. Und was wohl die Hauptsache ist, die nächste Jahresabrechnung wird ergeben, daß unser Bezirk nicht der „allerletzte“ ist, wie es jetzt der Fall ist. Dies mag für diesmal genügen. **P h l e r.**

Korrespondenzen.

Würzburg. Am 14. Mai fand im Gasthaus zum schwarzen Adler eine öffentliche Steinarbeiterversammlung statt, in welcher unser neuer Gaulleiter, Kollege Mittenmeier, einen Vortrag über Zweck und Ziele des Verbandes hielt. Sämtliche anwesenden Kollegen schlossen sich den Ausführungen des Referenten voll und ganz an. Die Anwesenden sahen aus den Ausführungen des Referenten, daß die kapitalistische Produktionsweise in ihrer Profitgier keine Grenzen kennt. Ein jeder kann daraus finden, daß eine derartige Produktionsweise nur eine künstliche Steigerung der Lebensmittelpreise heraufbeschwört, die Löhne aber nicht mit dieser Preissteigerung gleichen Schritt halten, sondern im allgemeinen immer mehr und mehr zurückgehen. Die anwesenden Kollegen mußten aus dem Vortrag erkennen, daß einzig und allein die gewerkschaftliche Organisation es sein kann, dieser Ausbeutung gegenüberzutreten. Die Kollegen versprachen, voll und ganz sich dem Verbandsanruf anzuschließen, und mit voller Kraft einzutreten, um dem Ausbeutungssystem der Unternehmer gegenüberzutreten zu können. Der Referent schloß mit den Worten: „Daß Keiner aus dem Saale ginge, bevor er sich aufnehmen ließe in die kämpfende Schar!“

Wiel und Marienhagen (Rheinland). Sonntag den 7. Mai fand durch die Gaulleitung Düsseldorf in vorgenannten Orten je eine Versammlung der Steinkipper statt, die eine um 2 Uhr, die andere 5 1/2 Uhr. Wenn nun schon die Verhältnisse viel zu wünschen übrig lassen, da der Besuch der Versammlung ein schlechter war, trotzdem wohl 200 Berufskollegen in Betracht kommen, so war auch der Verlauf der Versammlung ein mißglückter. Trotzdem Kollege Schmitt-Düsseldorf, welcher als Referent anwesend war, sich alle Mühe gab, so war die Zahl, welche sich dem Verbandsanruf anschließen wollte, eine so geringe, daß es sich nicht lohnte, eine Zahlstelle zu gründen. Wir hoffen aber, daß unsere Bemühung Wurzel geschlagen und bei einer zukünftigen Agitation die dortigen Berufskollegen nicht mehr so engherzig sind und die Organisation der Steinarbeiter auch in der herrlichen Gegend des Bergischen Landes dann Eingang finden möge, zum allgemeinen wirtschaftlichen Nutzen der dortigen Berufskollegen.

Rundschau.

Der Grundstein, das Organ des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands, hat eine Auflage von 160 000 erreicht, also gegen den höchsten Stand im vorigen Herbst um 10 000 zugenommen.

Der deutsche Metallarbeiterverband hat im Jahre 1904 absolut und relativ größere Fortschritte gemacht als im Jahre 1903. Es betrug die Mitgliederzahl am Schlusse des Jahres 191 762 (1903: 154 567) männliche, 7202 (5568) weibliche, zusammen 198 964 (160 135). Das sind gegen 1903 mehr: 37 195 männliche, 1634 weibliche, zusammen 38 829 Mitglieder. (Die Steigerung von 1902 auf 1903 betrug: 29 178 männliche, 2115 weibliche, zusammen 31 293 Mitglieder.) Nach Prozenten berechnet betrug die Zunahme der Mitgliederzahl im ganzen 24,24, bei den männlichen Mitgliedern 24,06, bei den weiblichen 29,34. Die Abrechnung bilanziert mit 3 517 367,48 Mf. Die Reineinnahme — nach Abzug von 150 264,61 Mf. Klassenbestand Ende 1903, 57 000 Mf. zurückbezahlten Darlehen und 215,01 Mf. an Vorschüssen von Verwaltungen — ist 3 309 887,86 Mf., gegen 1903 mit 2 814 807,57 Mf., mehr: 495 295,30 Mf. Sie setzt sich zusammen aus 54 366,70 Mf. an Beiträgen (48 882,50 Mf.), 3 226 803,15 Mf. (2 281 070,45 Mf.) an Beiträgen, 28 718,01 Mf. an sonstigen Einnahmen. Die Leistung an ordentlichen Beiträgen ist um die Summe von 945 732,70 Mf. gestiegen. Extrabeiträge wurden für den Gesamtverband nicht erhoben.

Von den Ausgaben entfällt der größte Teil auf die geleisteten Unterstützungen. Es wurden verausgabt für:

	1904	1903
Reisegeld	192 098,14 Mf.	146 773,14 Mf.
Arbeitslosenunterstützung	400 803,75	329 859,59
Streikunterstützung	829 894,39	1 220 551,59
Rechtschutz	53 205,67	45 374,36
Besondere Notfälle	128 329,33	84 060,19
Umzugsunterstützung	19 800,—	—
Zusammen:	1 628 631,28 Mf.	1 826 618,87 Mf.

Die in Wirklichkeit verausgabte Summe für Streiks beträgt nicht 829 894,39, sondern 1 229 837 Mf. Die Differenz zwischen den beiden Summen ist aus den 20 Prozent, die den Verwaltungen zur Verfügung stehen, und aus lokalen Extrabeiträgen beglichen worden. Für Ausperrungen wurden 710 315 Mf. verausgabt. In diesen Zahlen prägt sich die zunehmende Stärke des Klassenkampfes recht deutlich aus.

Von den weiteren Ausgaben der Hauptkassette seien noch angeführt: Agitation 93 297,20 Mf. (74 899,58 Mf.), Metallarbeiter-Zeitung 143 651,66 Mf. (133 866,72 Mf.),

Aufrechterhaltung internationaler Beziehungen 4580,25 Mf. (238,90 Mf.), Beiträge an die Generalkommission 30 774,08 Mf. (12 556,12 Mf.), Verwaltungskosten 91 816,65 Mf. (66 256,85 Mf.). Der Anteil der Ortsverwaltungen (20 Prozent der Beiträge) beträgt 644 332,75 Mf.

Das Verbandsvermögen beträgt 1 543 353,13 Mf. oder 7,75 Mf. pro Mitglied. Die Metallarbeiter-Zeitung erscheint in einer Auflage von 217 600 Exemplaren.

Ein bedeutames Urteil. Vor dem Atonaer Amtsgericht hatte ein Arbeiter den Vorstand des Arbeitersnachweises des Arbeitgeberverbandes auf Schadenersatz verklagt, weil ihm die Ausstellung einer Arbeitskarte verweigert und dadurch die Erlangung von Arbeit unmöglich gemacht worden war. Das Amtsgericht hat der Klage entsprochen. Als Grund für die Verweigerung der Arbeitskarte hatte der Beklagte angeführt, daß Kläger einmal Streikposten gestanden habe. Das Gericht hat diesen Grund für ganz ungenügend erklärt, um die Untergrabung der Existenz des Arbeiters zu rechtfertigen, sei doch das Streikpostenstehen eine gesetzlich erlaubte Handlung.

Die Eingangspforten der Tuberkulose.

Zu den wichtigsten Fragen der Tuberkuloseforschung gehört jetzt die Entscheidung über die Häufigkeit der Ansteckung durch Nahrungsmittel und durch die Atemluft. Die Bedeutung der Rindertuberkulose als einer Ursache der Erkrankung beim Menschen ist auch nur ein Teil desselben Problems. Man kennt sehr wohl die möglichen Wege, auf denen der Krankheitserreger in den menschlichen Körper eindringen kann, aber trotz der ungeheuren Zahl der Kranken, die der ärztlichen Beobachtung unterliegen, vermag man im einzelnen Fall noch immer nicht zu bestimmen, in welcher Weise die Ansteckung erfolgt ist. Die klinische Beobachtung vermag nach dieser Richtung nicht viel zu leisten, einmal wegen des großen Zeitabstands, der gewöhnlich zwischen der Ansteckung und der Offenbarung der Krankheitserscheinung liegt, und zweitens wegen der Allgegenwart der Tuberkelbazillen. Aus diesem Grunde muß die Quelle der Ansteckung fast immer unklar bleiben, wenn auch zuweilen ein starker Verdacht eines bestimmten Ursprungs vorliegt. Wenn ein eifriger Milchtrinker tuberkulös wird, so braucht er die Krankheit noch immer nicht durch die Milch bekommen zu haben. Wahrscheinlich atmet jeder Mensch fast täglich einige Tuberkelbazillen ein, und Birkow hat einmal das drastische Wort gesprochen, wir seien eben alle mehr oder weniger tuberkulös. Auch anatomische Untersuchungen vermögen nicht viel Aufschluß über die Art der Ansteckung zu geben. Noch vor kurzem hielt man an dem Glauben fest, daß die Ansteckung dort erfolgt wäre, wo die Tuberkulose sich schließlich am stärksten entwickelt hätte, aber alle darauf gebauten Urteile haben sich als wertlos erwiesen. Experimentelle Impfungen haben nämlich gezeigt, daß der zuerst angesteckte Körperteil nur wenige kleine Tuberkel aufweisen kann, während sich an entlegenen Stellen ein großer Krankheitsherd entwickelt. Ebenso irrtümlich war die Annahme, daß eine Ansteckung der Gewebe an dem Punkt, wo die Bazillen in den Körper eintreten, stattfinden müßte und daß daher eine Aufnahme des Krankheitskeims durch die Nahrung zur Erkrankung der Eingeweide und eine Einatmung durch die Luft zu einer solchen der Lunge führe. Wir wissen jetzt, daß die Bazillen in die Gewebe eindringen können, ohne erkennbare Veränderungen herbeizuführen, und daß sie sogar in das Blut eintreten und durch dessen Vermittlung an irgendeinen Körperteil gelangen können, wo sie Gelegenheit zu einer verhängnisvollen Vermehrung finden. Die Möglichkeit eines verborgenen Vorkommens von Tuberkelbazillen im menschlichen Körper ohne Entstehung anatomischer Veränderungen ist durch neue Beobachtungen Weichselbaums erwiesen und hat die Schwereigkeiten eigentlich nur noch vermehrt. Man nahm verschiedene Drüsen aus dem Körper von Kindern, die an akuten Krankheiten gestorben und dem Anschein nach völlig frei von Tuberkulose gewesen waren. Teile dieser Drüsen wurden auf Meerschweinchen geimpft, und nun stellte es sich heraus, daß die Drüsen sehr häufig giftige Tuberkelbazillen enthalten hatten, obgleich doch bei den Kindern jedes Anzeichen der Tuberkulose gefehlt hatte. Wenn also diese Bazillen, ohne zu schaden, in den Drüsen leben können, so kann man sich sehr wohl denken, daß sie von Drüse zu Drüse wandern, bis sie vielleicht doch schließlich eine Stelle finden, wo sie eine Erkrankung herbeiführen können, aus deren Nöthigkeit man dann selbstverständlich nicht mehr im geringsten einen Schluß darauf ziehen darf, wo die Ansteckung zuerst erfolgt ist. Das Auftreten tuberkulöser Herde in der Lunge beweist also keineswegs, daß die Ansteckung durch die Luft geschehen ist, ebensowenig wie tuberkulöse Verletzungen der Gefäßdrüsen für die Aufnahme der Bazillen durch die Nahrung sprechen. Man muß vorläufig daran festhalten, daß zwischen den Eingangspforten, die der Bazillus wählt, und dem Sitz der darauffolgenden Erkrankungen keine sichere Beziehung ausfindig zu machen ist.

Kollegen! Agitiert für eure Organisation!

Preußen, die von 1415—1888 regiert haben, genug gewissenlose Präster und finstliche Verschwenker, genug Schwachköpfe und Jammerlappen gab. Sie weiß sehr wohl, daß darin die Hohenzollern nicht um eines Haarsbreite besser sind als andre Fürstengeschlechter auch. Jener im Innersten verfaulte Hof Friedrich Wilhelm II. — Seine Zeitgenossen nannten ihn in Spottschriften „Saul den Diden von Kanonenland“ —; jener erste König in Preußen, der nicht glaubte, ein König zu sein, wenn er nicht eine Maitresse halte wie sein leuchtendes Vorbild, der König von Frankreich; jener Joachim II., dem sogar sein Sopprediger in der Leichenpredigt nur nachsagen konnte, daß sein Leben und Wandel gar sträflich und sündlich gewesen; dessen Vater, jener Joachim I., den Luther sehr richtig einen Hurer und Buben nannte — um nur die bekanntesten Fälle zu nennen: gehören die auch zu der „Fülle sittlich tief und nachhaltig anregender Momente“, von der der Kultusminister v. Gopfer schrieb? Jeder Gymnasiast und jeder Student würden lachen, wollte man ihnen so etwas erzählen. Aber für die Volksschule ist es eben noch gerade gut genug; dort braucht man ja nicht Wahrheit und Wissen — wenn nur Gottesfurcht und Liebe zum Fürstenhause gedeihen!

Das ist das Empörnde an jener ministeriellen Verfügung, daß sie zweierlei Wahrheit einführt, eine für die höheren und eine für die niederen Schulen. Das Arbeiterkind, das dies merkt, wird damit erst recht zur Erbitterung gegen die herrschenden Klassen gebracht. Aber wie viele sind im späteren Leben so glücklich, Aufklärung und Befreiung von diesem Wehrauchnebel der Volksschule-Legende zu finden? Hunderttausende gehen hin und nehmen das Märchen als bare Münze, glauben und hoffen, von der „ausnahmslos“ wirkenden Kraft der „Tradition“ des Herrscherhauses auch in ihrem eigenen Leben noch etwas zu spüren. Das ist der Hauptzweck dieses Buches, daß es, wo es hinkomme, die Volksschulnebel zerstreue.

Das gilt zunächst für die Volksschule im Königreich Preußen. Aber die neue deutsche Kultur ist ja nicht auf Preußen beschränkt. Auch in die Schulen der anderen Staaten sicker die Hohenzollern-Legende hinein. Und sie hat zur Wirkung, daß man nun auch in Bayern, in Sachsen, in Hessen und überall sonst das sittliche Vorbild der „angestammten“ Fürstenhäuser preist. Die neue Landesritter-Legende ist längst kein rein preussisches Gewächs mehr; sie

läuft in 22facher Gestalt in Deutschland herum, wie es 22 monarchische Vaterländer in Deutschland gibt. Für sie alle soll die Arbeit mitgelten, die hier an dem preussischen Beispiel getan wird.

Daß der Junker und nicht der Bürger in Brandenburg-Preußen die führende Klasse war, darin liegt der Unterschied dieses Landes von den westeuropäischen Staaten begründet. Holland, Frankreich, England konnten bürgerliche Staaten werden, weil ihre geographische Lage das Bürgertum hob. Amsterdam, Paris, London lagen an der Straße des großen Welt Handels, die den Orient und die neuen amerikanischen Kolonien mit West- und Mitteleuropa verband. Der bürgerliche Kaufmann und mit ihm der Industrielle wurden die treibende Kraft schon in der Entstehung der absoluten Monarchien in Burgund, Frankreich und England, die das 15. Jahrhundert sah. Sie haben die Befreiung der Niederlande von Spanien, die englische Revolution und den Absolutismus Ludwigs XIV. in Frankreich in gleicher Weise getragen. Vom 17. Jahrhundert ab bilden sie in Westeuropa die Grundlage einer neuen, rein weltlich-wissenschaftlichen Kultur. Mit dieser ganzen westeuropäischen Blüte aber hingen Brandenburg und Preußen nur durch den dünnen Faden des Getreide-Exportes zusammen. Der Getreide-Export aber war das Gewerbe der Junker. Er schuf keine neue bürgerliche Klasse; er geriet nur, was an Resten eines mittelalterlichen Bürgertums noch bestand. Er schuf auch keine neue Bildung; seinen Junkern war das Evangelium der lutherischen Orthodoxie eben recht. Er bewirkte, daß mindestens vom Anfang des 16. Jahrhunderts an Brandenburg-Preußen rückständig war gegenüber der westeuropäischen Kultur.

Es soll uns ganz fern liegen, diese Rückständigkeit einzelnen Menschen, Fürsten oder Staatsmännern zum Vorwurf zu machen. Die Verkümmtheit der brandenburgischen Kurfürsten des 16. Jahrhunderts ist viel mehr eine Folge als die Ursache dieser Rückständigkeit der ökonomisch-geistigen Entwicklung des Landes. Daß Brandenburg zwischen Elbe und Oder lag und nicht an der Seine, Rhein oder am Kanal, daß seine Handelswege nach der Ostsee drängten und nicht unmittelbar vom süd-nördlichen Welthandel berührt wurden, daß die breite ostdeutsch-polnisch-russische Tiefebene eben zum Getreide- und Holzexport drängte und nicht

geeignet war, ein Mittelpunkt städtisch-bürgerlichen Handels zu werden, das alles sind Tatsachen, die weit jenseits aller menschlichen Verantwortlichkeit liegen. Aber es sind die Tatsachen, in denen wir die letzte, endgültige Erklärung für das rückständige, unbürgerliche, feudale Wesen des preussischen Staates suchen. Sie wirken, wie wir wissen, bis heute, bis in die Zeit der Hilmönschen Handelsverträge hinein. Sie sind für unsere Geschichtsbetrachtung das eigentliche Rückgrat der preussischen Geschichte.

Es ist eins der stärksten Zeichen für die politische Entkräftung des Bürgertums in Deutschland, daß es so völlig verlernt hat, die preussische Geschichte in Lichte dieser Tatsachen zu sehen. Wie es politisch schon vor 1848 vor der Monarchie kapituliert hat, so haben auch seine Geschichtsschreiber seit dieser Zeit ihre Augen steigend vor dem reaktionären Charakter des Preussenstaates verschlossen. Schon die ältere Hohenzollern-Legende hat aus denen, die Deutschland unter den märkischen Junker beugten, nationale Helden, Helden voll vaterländischer Begeisterung gemacht. Aber sie ist noch ehrlich im Vergleich zu dem, was die neueste byzantinische Entwicklung der Bourgeoisie an den Hohenzollern rühmt.

Nur der Proletarier steht heute dieser Verherrlichung kühl gegenüber. Aus den eigenen Zuständen seiner Klasse, aus den täglichen Erfahrungen seines Lebens heraus weiß er, daß die soziale Königs-Legende nicht wahr sein kann. Sie ist unmöglich, weil sie allein widerspricht, was er tagtäglich sieht. Nicht, als ob der Proletarier von sich aus eine höhere Kenntnis oder ein tieferes Verständnis der Vergangenheit hätte als andere Klassen auch. Wie sollte er Muge zu geschichtlichen Quellenstudien haben! Aber er hat einen richtigeren Instinkt für das, was möglich ist und was nicht. Er ist selber kämpfende Klasse; das schärft seinen Blick, auch in der Vergangenheit den Klassenkampf als die treibende Kraft der Geschichte zu sehen. Und er steht selber noch heute auf der Schattenseite des Lebens; das öffnet sein Gemüt, auch in der Vergangenheit die Seufzer deren zu hören, die unter dem Siegeswagen der herrschenden Klassen zermalmt sind. Darum darf auch die Wissenschaft, die für Proletarier schreibt, den Nachteilen der Vergangenheit gegenüber aufrichtiger sein, als es die der Herrschenden meist heute ist.